

TAGUNGSBERICHT

Kommunen im Fokus.

Konflikten begegnen, Erfahrungen bündeln, Zukunft gestalten.



9. Interkommunale Fachtagung des forumZFD

24. – 25. September 2024 | Wissenschaftspark Gelsenkirchen



Kofinanziert von der
Europäischen Union



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Gleichstellung

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



INHALT

VORWORT	3
PROGRAMM	4
TAG EINS	6
Grußworte.....	6
Vortrag »Kommunen im Fokus. Konflikten begegnen.«	11
Vortrag »Komplexe Problemlagen: Die Notwendigkeit einer systematischen Konfliktbearbeitung am Beispiel Gelsenkirchen«	14
Vortrag »Radikalisierung den Nährboden entziehen - eine Perspektive aus der Kommunalen Konfliktberatung«	17
Austauschrunden: »Wie kann Konfliktbearbeitung im Kontext zunehmend komplexer Problemlagen in Kommunen (noch) gelingen?«	23
TAG ZWEI.....	26
Erfahrungswerkstätten.....	26
Tagungskommentar »Kommunen im Fokus: Erfahrungen bündeln, Zukunft gestalten«	34
NETZWERK	41
WISSENSWERTES.....	42
DANKSAGUNG	43
KONTAKT.....	44

VORWORT

Liebe Leser*innen,
Liebe Teilnehmer*innen,

bei unserer Interkommunalen Fachtagung 2024 in Gelsenkirchen haben wir die Kommunen in den Mittelpunkt gerückt. Uns war es wichtig, die unterschiedlichen Erfahrungen und Erkenntnisse im Bereich der Konfliktbearbeitung aus den Städten und Gemeinden sichtbar zu machen. Und wir wollten die verschiedenen Akteure in diesem Feld in einen direkten Austausch bringen. Entsprechend haben wir die Tagung unter das Motto *„Kommunen im Fokus: Konflikten begegnen, Erfahrungen bündeln, Zukunft gestalten“* gestellt.

Selten hat ein Tagungsort das Motto so eindrucksvoll unterstreichen können. Das Zusammenkommen im Wissenschaftspark Gelsenkirchen hat uns die Möglichkeit gegeben, Einblicke in eine der aktuellen Partnerkommunen des forumZFD zu bekommen. Und das wortwörtlich: Durch die Fensterfronten des Plenarsaals konnten wir den Blick über die Bochumer Straße streifen lassen – die zentrale Lebensader des Gelsenkirchener Südens mit ihren Kitas und Imbissen, der Straßenbahn 302 als stotternde Taktgeberin. Eine Konstellation, die das Grußwort von Stadtrat Simon Nowak sowie der Vortrag von Uwe Gerwin als Vertreter unserer Gastgeber auf besondere Weise erlebbar machte.

Inhaltlich stand die Tagung im Zeichen der zunehmenden Polarisierung und Radikalisierung in Teilen der Gesellschaft. Nach den Anschlägen von Solingen und Mannheim, den Wahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg, drehten sich viele der Gespräche und Diskussionen in Gelsenkirchen um die Frage, wie sich in diesem Klima der soziale Zusammenhalt stärken lässt. Und wir haben an diesen beiden Tagen auch Antworten darauf gehört. Trotz der immensen Herausforderungen, vor denen viele Städte und Gemeinden in Deutschland aktuell stehen, sind wir mit dem Eindruck aus der Tagung gegangen, dass es vor Ort – in der Verwaltung, in der Politik, in der Polizei, und in der Zivilgesellschaft – viele engagierte Menschen mit großartigen Ansätzen und Ideen gibt. Für diese Erfahrung möchten wir uns herzlich bedanken.

Ich freue mich auf den weiteren Austausch mit Ihnen und wünsche Ihnen eine anregende Lektüre des Tagungsberichts.

Zuversichtliche Grüße

Ihre 

Julia Burmann

Programmleitung „Kommune & Konflikt“, Forum Ziviler Friedensdienst e.V., Köln

PROGRAMM

Tag 1: Dienstag, 24.09.2024

13:00 Uhr	Begrüßung & gemeinsamer Auftakt <i>Tagungsmoderation: Angelika Maser, Konfliktberaterin & Imke Kerber, Referentin Kommunale Konfliktberatung forumZFD</i>
13:30 Uhr	Grußwort <i>Sabine Reißberg, Stellv. Referatsleitung Kommunale Integrationszentren/Integration in Bildung im Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration, Nordrhein-Westfalen</i>
13:45 Uhr	Grußwort <i>Stadtrat Simon Nowak, Ordnungsdezernent Stadt Gelsenkirchen, Vorstand für Wirtschaftsförderung, Gelsendienste, Recht und Ordnung, Bürgerservice</i>
14:00 Uhr	Vortrag »Kommune im Fokus: Konflikten begegnen« <i>Wolfgang Dörner & Hauke Steg, Referenten Kommunale Konfliktberatung forumZFD</i>
14:30 Uhr	Interaktives Kennenlernen <i>Angelika Maser & Imke Kerber</i>
15:15 Uhr	Kaffeepause
15:30 Uhr	»Komplexe Problemlagen: Die Notwendigkeit einer systematischen Konfliktbearbeitung am Beispiel Gelsenkirchen« <i>Uwe Gerwin, Referatsleiter, Zuwanderung und Integration/Kommunales Integrationszentrum, Gelsenkirchen</i> »Radikalisierung den Nährboden entziehen - eine Perspektive der Kommunalen Konfliktberatung« <i>Thimna Bunte & Dominique Pannke, Konfliktberaterinnen forumZFD</i>
16:30 Uhr	Moderierte Austauschrunden »Wie kann Konfliktbearbeitung im Kontext zunehmend radikaler Positionen in Kommunen (noch) gelingen?«
18:00 Uhr	Tagesabschluss & Ausblick <i>Angelika Maser & Imke Kerber</i>
19:00 Uhr	Gemeinsames Abendessen im <i>Café Del Sol</i>

Tag 2: Mittwoch, 25.09.2024

09:00 Uhr	Begrüßung <i>Angelika Maser & Imke Kerber</i>
09:15 Uhr	»Konfliktbearbeitung in Kommunen – Ideen und Herausforderungen« Methodische Einführung zur Erfahrungswerkstatt <i>Angelika Maser & Imke Kerber</i>
10:15 Uhr	1. Runde Erfahrungswerkstatt (parallele Kleingruppen) Thema: „Clan-Kriminalität“ – Von der Begriffsdebatte zur Konfliktbearbeitung <i>Sebastian Häfker, Polizeihauptkommissar Sachbereich Prävention, Osnabrück</i> Thema: Verwaltungsvernetzung statt Versäulung <i>Olaf Kleint, Fachdienst Soziales und Senioren der Stadt Salzgitter</i> Thema: Emotion in der Konfliktbearbeitung <i>Hanna Seydel, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Technische Universität Dortmund</i>
11:15 Uhr	Kaffeepause
11:45 Uhr	2. Runde Erfahrungswerkstatt (parallele Kleingruppen) Thema: Die Transformation unserer City – Wie bekommen wir gemeinsam mit Bürger*innen, Verwaltung und Stakeholdern bleibende Veränderungen hin? <i>Petar Drakul, OB-Beauftragter Innenstadtentwicklung, Stadt Mannheim</i> Thema: Konflikte und Konfliktbearbeitung im Kontext von Quartiersarbeit: Reflexion angewandter Strategien im Sozialraum <i>Maïke Rolf, Quartiersmanagement Lannesdorf/Mehlem, Bonn</i> Thema: Umgang mit Störungen und Übergriffen in öffentlichen Veranstaltungen <i>Chaska Stern, Trainer Team Gewaltmanagement, Bundesnetzwerk Zivilcourage, Berlin</i> Thema: Als Kommune für die Bundespolitik abgestraft werden <i>Nadja Gilbert und Antonie Armbruster-Petersen, Konfliktberaterinnen forumZFD</i>
12:45 Uhr	Mittagspause
13:45 Uhr	Austausch verstetigen – Netzbörse <i>Angelika Maser & Imke Kerber</i>
14:15 Uhr	Tagungskommentar: »Kommunen im Fokus: Erfahrungen bündeln« <i>Dr. Johannes Blatt, Konfliktberater forumZFD</i>
14:45 Uhr	Schlussworte <i>Julia Burmann, Leiterin Programm Kommune & Konflikt forumZFD</i>

TAG EINS

Grußwort

Sabine Reißberg, Stellvertretende Referatsleitung Kommunale Integrationszentren/
Integration in Bildung im Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht
und Integration, Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrter Herr Stadtrat Nowak,
Liebes forumZFD,
Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

herzlichen Dank für die Einladung. Ich freue mich, bei dieser Tagung dabei zu sein. Erst recht, da mehrere Kommunen in NRW mittlerweile Kooperationsverträge mit den beiden Trägern der Kommunalen Konfliktberatung geschlossen haben und in die gemeinsame Arbeit gestartet sind. Mit beiden Trägern meine ich das forumZFD als Ausrichter dieser Tagung und das K3B (Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung) beim VFB Salzwedel. Einige Vertreterinnen und Vertreter aus unseren Kommunen, von Seiten der Kommunalen Integrationszentren (KI), aber auch aus anderen Verwaltungsebenen, sind heute hier. Sie sind nicht nur im Fokus, wie es im Programm heißt, sie beteiligen sich auch aktiv an dieser Tagung.

Wie viele von Ihnen wissen, finanzieren wir von Seiten des Integrationsministeriums gemeinsam mit der Stiftung Mercator zusätzlich das Projekt „Kommunales Konfliktmanagement fördern“. Es läuft in Trägerschaft des Instituts So.Con an der Hochschule Niederrhein von September 2021 jetzt noch bis Ende dieses Jahres. Ziel des Projekts ist es, Kommunen im Verbund mit kommunalen und zivilgesellschaftlichen Schlüsselakteuren dabei zu unterstützen, konflikttauglicher und krisenfester zu werden und sich gut für den Umgang mit Konflikten aufzustellen. Damit wollen wir auch die Kommunalen Integrationszentren in ihrer Kommunikation und Zusammenarbeit mit anderen Akteuren stärken.

Eine externe Unterstützung im Sinne der Konfliktberatung wiederum kann da helfen, wo bestehende Problemlösungsfähigkeiten an ihre Grenzen stoßen, weil zum Beispiel kommunale

„Eine externe Unterstützung im Sinne der Konfliktberatung wiederum kann da helfen, wo bestehende Problemlösungsfähigkeiten an ihre Grenzen stoßen, weil zum Beispiel kommunale Akteure selbst betroffen sind im Konfliktgeschehen.“

„Hier kann Kommunale Konfliktberatung lokale Akteurinnen und Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung dabei begleiten, die komplexe Gemengelage lokaler Herausforderungen und Konflikte zu entwirren.“

Akteure selbst betroffen sind im Konfliktgeschehen. Hier kann Kommunale Konfliktberatung lokale Akteurinnen und Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung dabei begleiten, die komplexe

Gemengelage lokaler Herausforderungen und Konflikte zu entwirren.

Sie kann dabei unterstützen, die Bedürfnisse verschiedener Interessengruppen herauszuarbeiten und Zukunftsperspektiven für lokale Gemeinschaften zu entwickeln. Bei beiden Projektansätzen gibt es Gemeinsamkeiten in der Haltung. Das Konfliktmanagementsystem und die Konfliktberatung sind ganzheitlich angelegt. Sie analysieren das Konfliktgeschehen, welche Akteure beteiligt sind und

„Das Konfliktmanagementsystem und die Konfliktberatung sind ganzheitlich angelegt.“

haben einen systemisch angelegten Blick auf die Ausgangslagen. Und beide Ansätze können sich gut ergänzen. Vor diesem Hintergrund freue ich mich erst recht über den mittlerweile etablierten Austausch der Träger dieser verwandten Ansätze. Wie gut diese beiden Konzepte zusammenpassen, haben wir auch bei unserem Fachtag zur Konfliktbearbeitung erlebt, den wir im Juni dieses Jahres unter Beteiligung unserer Ministerin in Düsseldorf durchgeführt haben. Konflikte gehören zu einer lebendigen Demokratie. Und wir müssen uns bewusstmachen, dass Konflikte nicht die Ausnahme sind, sondern die Regel. Das muss nicht unbedingt schlecht sein; letztlich kommt es darauf an, wie man mit ihnen umgeht und wie man immer wieder einen

„Konflikte gehören zu einer lebendigen Demokratie.“

Interessenausgleich erreicht. Wenn Konflikte auf eine Art und Weise ausgetragen werden, die Dialog fördert und nicht zur Spaltung führt, können sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern und stärken.

Es stellt sich immer wieder die Frage, unter welchen Bedingungen wir dies versuchen – vor allem, wenn wir sehen, unter welchem Druck Kommunen mit Anforderungen umgehen müssen, die aufgrund der gesamtpolitischen Lage bestehen. Etliche gesellschaftliche Herausforderungen, die teilweise dem Thema Integration angehängt werden, liegen nicht in der Verantwortung der Kommunen, machen sich jedoch dort bemerkbar – in den Lebensrealitäten der lokalen Bevölkerung ebenso wie im kommunalen Verwaltungshandeln. Hinzu kommt: Wir treffen hier zu diesem Fachtag zusammen, während die Themen Migration und Integration in der öffentlichen Debatte vor allem im Zusammenhang mit Abwehr, Abschottung und Kriminalität diskutiert werden. Der damit oft einhergehende abwertende Ton hat sich nach dem jüngsten Anschlag in Solingen und in Reaktion auf die Wahlergebnisse im Osten Deutschlands noch verschärft.

„Wenn Konflikte auf eine Art und Weise ausgetragen werden, die Dialog fördert und nicht zur Spaltung führt, können sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern und stärken.“

Konfliktpotenzial besteht außerdem im alltäglichen Zusammenleben der Bevölkerung vor Ort wie auch bei der Zusammenarbeit innerhalb der Kommunalverwaltung. Deshalb sind solche Gelegenheiten wie dieser Fachtag wichtig, um genau das zu tun, was Sie in den Untertitel der Veranstaltung geschrieben haben: Erfahrungen bündeln und Zukunft gestalten. Ich freue mich, teilnehmen zu können und wünsche uns allen eine erfolgreiche Veranstaltung.

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Grußwort

Stadtrat Simon Nowak, Ordnungsdezernent Stadt Gelsenkirchen
Vorstand für Wirtschaftsförderung, Gelsendienste, Recht und Ordnung,
Bürgerservice

Sehr geehrtes forumZFD,
Sehr geehrte Frau Reißberg,
Sehr geehrte Teilnehmende,

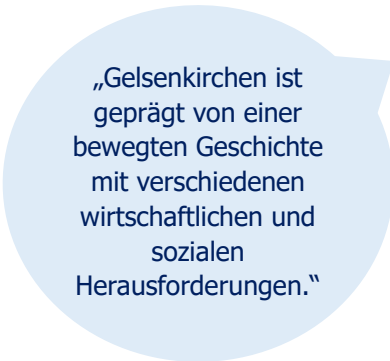
ich freue mich, Sie im Namen der Stadt Gelsenkirchen herzlich zur 9. Interkommunalen Fachtagung „*Kommunen im Fokus: Konflikte begegnen, Erfahrungen bündeln, Zukunft gestalten*“ des Forums Ziviler Friedensdienst e.V. (forumZFD) begrüßen zu dürfen.

Mein Dank gilt insbesondere den Mitarbeitenden des forumZFD mit der Wahl Gelsenkirchens als Veranstaltungsort. Heute richte ich zudem herzliche Grüße von Frau Heselhaus, der Dezernentin für Kultur, Bildung, Jugend, Sport und Integration, aus. Sie ist heute leider verhindert.

Selbstredend ist das Thema der Bearbeitung von Konflikten auch für mich als Vorstand u.a. für Öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Gelsendienste, die hiesige Abfallentsorgung, ein zentrales Thema.

Doch zunächst noch einmal ein herzliches Willkommen hier in unserer Stadt mitten im Ruhrgebiet. Mit dem Titel der Veranstaltung „Kommunen im Fokus“ kennen wir uns bestens aus. Auch Sie haben sicherlich von Gelsenkirchen gelesen, denn auch überregional sind wir derzeit in der medialen Berichterstattung präsent. Wir sind immer eine Nachricht wert, negativ aber auch positiv, sei es zur Europameisterschaft, sei es zu den sogenannten Schrottimmobilien, sei es als „Swiftkirchen“ oder gar zum Fußballverein Schalke 04.

Ich hoffe, die Tagung wird Ihnen ein weiteres Bild als vielschichtige und diverse Stadt zeichnen. Hier reicht schon ein Gang durch die Bochumer Straße, direkt an der Bahnlinie 302. Ein sehr gutes Beispiel für gelungene Stadtentwicklung.



„Gelsenkirchen ist geprägt von einer bewegten Geschichte mit verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen.“

Gelsenkirchen ist geprägt von einer bewegten Geschichte mit verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen. Die Stadt durchläuft immer noch einen tiefgreifenden Strukturwandel, insbesondere durch den Niedergang der Kohleindustrie, die einst das Rückgrat der regionalen Wirtschaft gebildet und für Wohlstand gesorgt hat.

Mit Niedergang des Bergbaus und dem einhergehenden Verlust von Arbeitsplätzen ist die Anzahl der Einwohner drastisch gesunken. In diesem Zusammenhang ist ebenfalls die Anzahl von Kindergarten- sowie Schulplätzen gesunken, gleichzeitig ist der

Wohnungsleerstand gestiegen. Verlassene Immobilien sind zu Spekulationsobjekten geworden. Auch wenn Sie hier am Tagungsort, mit dem Wissenschaftspark Gelsenkirchen, ein erfolgreiches Modell des Strukturwandels vorfinden, hat der Wirtschaftsstandort Gelsenkirchen seine frühere Attraktivität noch nicht wiedererlangt.

In der Kommune zeigen sich die Auswirkungen von globalen und nationalen Veränderungen wie durch ein Brennglas. Zahlreiche Kriege führen zu Wanderungsbewegungen, haben aber auch Auswirkungen auf Energiekosten und Handelsketten. Zudem werden die Auswirkungen der Corona-Pandemie noch lange zu spüren sein. Weiterhin werden zukünftig öffentliche Orte im Zusammenhang mit dem Klimawandel eine stärkere Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger bekommen.

„In der Kommune zeigen sich die Auswirkungen von globalen und nationalen Veränderungen wie durch ein Brennglas.“

Die Probleme der Bürgerinnen und Bürger steigen bei

„Die Probleme der Bürgerinnen und Bürger steigen bei gleichzeitig schwindenden Ressourcen.“

gleichzeitig schwindenden Ressourcen. Hier ist ebenso die zunehmende Individualisierung und Isolierung von einem Teil der Bevölkerung zu berücksichtigen. Identifikationsstiftende und verbindende Elemente sind verloren gegangen, wie z.B. die „Arbeit unter Tage“. Zudem wird die finanzielle Haushaltslage der Kommune bei steigenden komplexen Herausforderungen immer prekärer.

Auf diese beschriebene Ausgangslage treffen Menschen, die neu nach Gelsenkirchen zuwandern. Unter anderem erfolgt der Zuzug aus Rumänien, Bulgarien, Syrien, Irak, Türkei und Nigeria nach Gelsenkirchen. Die Zuwanderung ist jung und birgt grundsätzlich Potentiale. Aktuell sind in der Stadtgesellschaft jedoch eher die Herausforderungen in den Vordergrund gerückt. Es treffen an vielen Stellen unterschiedliche Perspektiven und Lebenswelten aufeinander.

„Die Zuwanderung ist jung und birgt grundsätzlich Potentiale.“

Dies zeigt sich in einer gestiegenen Beschwerdelage. So werden Vermüllung, Raserei, abgestellte Autos, Nutzungsdifferenzen des öffentlichen Raumes und Ruhestörungen sehr häufig benannt. Der

„Mit der Beschwerdelage wird unter anderem auch deutlich, dass die Menschen vor Ort zu wenig miteinander sprechen und in Aushandlungsprozesse gehen. Das ist fatal!“

Ärger über eine vermeintlich nicht handelnde Stadtverwaltung ist groß. Der Wunsch bei vielen Bürgerinnen und Bürgern besteht darin, Gelsenkirchen in alte und bessere Zeiten zurück zu versetzen. Dies ist aber keine Option. Mit der Beschwerdelage wird unter anderem auch deutlich, dass die Menschen vor Ort zu wenig miteinander sprechen und in Aushandlungsprozesse gehen. Das ist fatal! Die Ordnungsbehörden können viele Themen nicht nachhaltig lösen. Wie begegnen wir als Stadt diesen Konflikten und Beschwerden Eingehende Konflikte

werden durch die entsprechenden Referate der Stadtverwaltung bearbeitet, die mit ihren Werkzeugen Konflikte bearbeiten, den sozialen Frieden im Quartier versuchen zu sichern.

Wir setzen in unserer Konflikt- bzw. Beschwerdebearbeitung auf folgende Punkte: (1) transparente Kommunikation, (2) Dialog, Vermittlung und (3) präventiven Maßnahmen. Hier ist ein wichtiger Aspekt die ressortübergreifende Abstimmung und Austausch für ein abgestimmtes Vorgehen in Konfliktlagen.

„Wir setzen in unserer Konflikt- bzw. Beschwerdebearbeitung auf folgende Punkte: (1) transparente Kommunikation, (2) Dialog, Vermittlung und (3) präventiven Maßnahmen.“

In größeren Konfliktlagen an öffentlichen Plätzen ruft das Referat Öffentliche Sicherheit und Ordnung zu Runden Tischen ein. Hier versammeln sich verschiedene Akteure, um sich hinsichtlich der Konfliktlagen zu geplanten Maßnahmen auszutauschen und abzustimmen. Ziel dieser Ansätze ist letztendlich die nachhaltige Wahrung des sozialen Friedens und die Stärkung des Miteinanders. Langfristig wollen wir sie zu einem kommunalen Konfliktmanagementsystem zusammenfügen. Bewährt haben sich in unseren Einzelansätzen folgende Aspekte: (1) ressortübergreifende Zusammenarbeit, (2) Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden und Akteuren im Stadtteil, (3) Sozialraumorientierung und (4) aufsuchende soziale Arbeit.

Auf dem Weg zu einem kommunalen Konfliktmanagementsystem unterstützt uns das forumZFD vor Ort in den Stadtteilen. Wir freuen uns, eine der Kommunen zu sein, die im Rahmen des „Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)“ der EU in dem Prozess von Berater*innen des forumZFD unterstützt und begleitet werden.

„Konflikte werden als positive und konstruktive Aushandlungsprozesse gesehen, die die Lebensqualität aller Menschen im Stadtteil verbessert.“

Wenn sich die Pilote als erfolgreich erweisen, soll langfristig in allen Stadtteilen ein Konfliktmanagement etabliert werden. Potentielle Spannungen sollen möglichst früh bearbeitet werden, um Eskalationen zu vermeiden. Konflikte werden als positive und konstruktive Aushandlungsprozesse gesehen, die die Lebensqualität aller Menschen im Stadtteil verbessert. Die Bevölkerung fühlt sich mitgenommen und kann sich beteiligen.

Nicht nur im Stadtteil gibt es Konfliktvermittelnde, sondern auch in der Stadtverwaltung gibt es ein strukturiertes Verfahren und Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Die Stadtverwaltung und die Stadtgesellschaft setzen sich ein für die Gestaltung der Stadt als einen lebenswerten Ort und nehmen die Verantwortung hierfür gemeinsam an. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen informationsreiche Tage und neue Impulse für Ihre Arbeit.

Vielen Dank an das forumZFD, das neben dem inhaltlichen Austausch einen Schwerpunkt in ihren Tagungen immer auf die Vernetzung setzt. Bleiben Sie im Austausch, so können wir voneinander lernen und das Thema der Konfliktbearbeitung gemeinsam konstruktiv in unseren Kommunen voranbringen.

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Vortrag »Kommunen im Fokus. Konflikten begegnen.«

Wolfgang Dörner & Hauke Steg, Referenten Kommunale Konfliktberatung forumZFD

In den Medien ist in letzter Zeit und besonders nach dem Messeranschlag in Solingen am 23. August 2024 das Thema „Umgang mit den Auswirkungen der Migration in Deutschland“ sehr dominant. Dabei entstand der Eindruck, dass sich viele der prominenten politischen Köpfe mit Forderungen nach restriktiven Maßnahmen überbieten wollten bzw. wollen.



Die AfD versucht, die Morde in Solingen für ihren Wahlkampf zu nutzen. Andere Parteien fordern allerdings ebenfalls eine deutlich härtere Asylpolitik.

Das Thema ist für die Kommunale Konfliktberatung derzeit unter anderem deswegen von hoher Relevanz, weil Beratungsprozesse aktuell hauptsächlich finanziert werden durch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der EU.

Die Geschehnisse haben selbstverständlich starke Auswirkungen auf der kommunalen Ebene - neben der bundespolitischen Debatte erscheinen entsprechend auch Meldungen aus dem kommunalen Kontext in den Medien. Hierbei lohnt es auch, die Frage zu stellen, ob die dominierenden Darstellungen auch wirklich für alle Kommunen (so) zutreffen oder ob die Lage nicht deutlich komplexer ist, als es oft den Anschein erweckt.



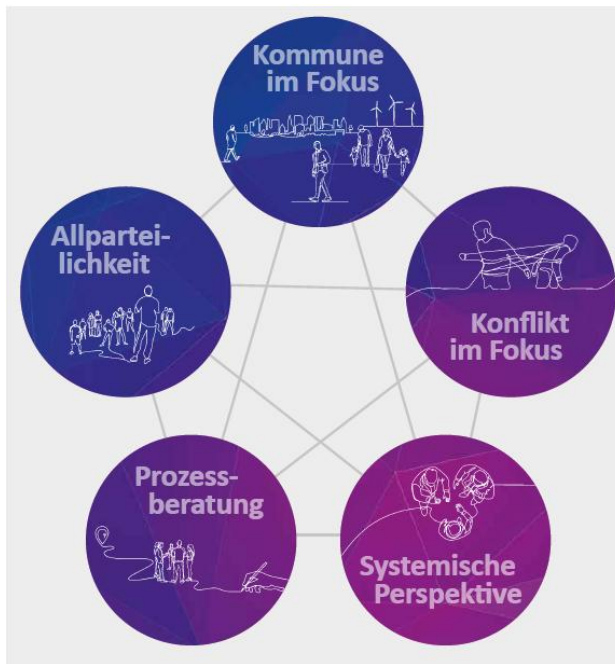
Für Akteure auf der kommunalen Ebene ist gleichzeitig nicht nur das Thema Migration/Integration wichtig, es sind eine Vielzahl von Themen relevant, wie beispielsweise Bedrohung von Amtsträger*innen, knappe Kassen, Klimawandel, Energiewende, Auswirkungen von internationalen Konflikten, Strukturwandel in einigen Regionen und viele mehr. Diverse Themen treffen aufeinander und beeinflussen sich gegenseitig. Jede Situation ist also eine eigene Mischung, komplex und besonders. Die Themen der übergeordneten Debatte und Herausforderungen, die gerade an bestimmten Orten hoch-aktuell sein können, lassen sich dementsprechend nicht einfach auf andere kommunale Kontexte übertragen.

Aus der Komplexität, den vielfältigen Herausforderungen, entstehen in der lokalen (Stadt-) Gesellschaft Konflikte zwischen ganz unterschiedlichen Akteuren. Das ist die Regel und das ist ganz normal. Auch wenn es immer schwieriger wird, dies auszusprechen: Die Arbeit des forumZFD, des Programms Kommune und Konflikt und der Kommunalen Konfliktberatung basiert (weiterhin) auf der Überzeugung, dass in der Bearbeitung von Konflikten, in diesem Fall auf lokaler Ebene, große Gestaltungsmöglichkeiten liegen. Die Kommunale Konfliktberatung baut auf dieser Grundannahme auf.



Worüber in den Medien darüber hinaus eher selten berichtet wird, ist wie viel auf kommunaler Ebene auch geleistet wird und welche Kompetenzen es vor Ort gibt. Mit Konflikten wird auf lokaler Ebene immer schon umgegangen. Zum Beispiel könnte gesagt werden, dass Polizei und Ordnungsamt zur Konfliktbearbeitung beitragen; sie haben in ihrem Alltagsgeschäft ständig mit Konflikten zu tun und kümmern sich darum, dass diese nicht eskalieren bzw. werden sie oft auf den Plan gerufen, wenn Konflikte bereits eskaliert sind. Eine interessante Frage könnte dabei sein, ob Polizei und Ordnungsamt sich selbst als „Konfliktbearbeiter*innen“ sehen und wie sie ihre eigene Rolle definieren. Auch grundlegende Mechanismen und Institutionen der Demokratie, wie Gemeinde- und Stadträte sowie angegliederte Ausschüsse, verhandeln Konflikte und tragen dazu bei, dass diese nicht eskalieren. Regelangebote in der lokalen Gesellschaft, wie Sozialarbeit, Bürgerbüros, Quartiersmanagement und Jugendarbeit können als Strukturen verstanden werden, die (konflikt-)präventiv wirken. Um den ständigen gesellschaftlichen Wandel zu gestalten und Konflikte zu bearbeiten, gibt es darüber hinaus auf lokaler Ebene angewandte Verfahren und Ansätze wie Bürgerbeteiligung, Dialogverfahren, Konfliktmanagement, ebenso wie externe Angebote z.B. in den Bereichen Radikalisierungsprävention und Gemeinwesenmediation. Eines dieser externen (Beratungs-)Angebote ist die Kommunale Konfliktberatung (KKB).

Diese basiert auf fünf Grundsätzen. Zwei davon sind, wie bereits angeklungen ist, „Kommune im Fokus“ und „Konflikt im Fokus“.



Ein dritter Grundsatz ist die Allparteilichkeit, verstanden als zugewandtes Zuhören, das sichtbar und besprechbar macht, was hinter den Positionen steht, das Wünsche und Bedürfnisse sichtbar machen kann. Allparteilichkeit bedeutet dabei nicht Neutralität: Zuhören und damit Raumgeben und Gesagtes verstärken wird beendet, wo menschenverachtende oder demokratiefeindliche Positionen bewusst und gezielt untermauert werden. Allparteilichkeit kann aber auch bedeuten, dass Stimmen, die vorher nicht gehört wurden, unterstützt werden, indem ihnen Raum gegeben wird, in gewisser Weise für sie Partei ergriffen wird – wenn dies der Transformation eines Konfliktes in Richtung eines dauerhaft friedlichen Zusammenlebens hilft.

Der Grundsatz „Systemische Perspektive“ hängt gewissermaßen mit dem Grundsatz der Allparteilichkeit zusammen. Systemisch auf die Situation zu blicken bedeutet auch, Zusammenhänge und Wechselwirkungen der verschiedenen Perspektiven und Positionen miteinander zu verstehen. Dabei ist es wichtig, die Grenzen des zu betrachtenden Systems zu definieren, beispielsweise: Geht es um die ganze Stadt/Kommune oder nur um einen oder mehrere Stadtteile, und welche Akteure, Institutionen und Orte sind Teil des Kontextes, in dem eine Konfliktdynamik stattfindet? Die systemische Perspektive hilft auch dabei, komplexere Zusammenhänge besser verständlich zu machen, wenn eine Vielzahl von Akteuren auf verschiedenen Ebenen auf das Thema Einfluss haben. Das kann von den Nachbarschaften im Quartier bis zur Dezernatsleitung reichen, oft sind unterschiedliche Ressorts innerhalb der Verwaltung involviert.

Der Grundsatz „Prozessberatung“ lässt sich am leichtesten erklären in Abgrenzung zu Expert*innenberatung. Während bei letzterer Lösungen auf der Basis des Fachwissens generiert und eingebracht werden, liegt die Expertise der Kommunalen Konfliktberatung in der Gestaltung eines Prozesses, der lokale Akteur*innen dabei unterstützt, die für ihre Situation passende Vorgehensweise zu erarbeiten. Damit wird dem Rechnung getragen, was vor Ort als Herausforderungen wahrgenommen wird, was bereits unternommen wurde (erfolgreich und weniger erfolgreich) und auf was sich die Akteure vor Ort verständigen können. Das Besondere liegt also nicht in den (von außen) vorgeschlagenen Maßnahmen, sondern in der Passung auf die Situation und in der Aktivierung und Identifikation der beteiligten Akteure mit dem Prozess und den dabei getroffenen Entscheidungen. Das Besondere liegt darin, Menschen einzubinden, Menschen, Situationen und Zusammenhänge (besser) zu verstehen und daraus neue Gestaltungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Der Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung wird seit circa 15 Jahren praktiziert, durch das forumZFD aktuell in neun Kommunen. Auf dieser Tagung soll es entsprechend der dargestellten Ideen vor allem um die Themen und Erfahrungen der teilnehmenden kommunalen Akteure gehen. Auch wenn jede Situation besonders und einzigartig ist, gibt es jedoch immer gewisse Gemeinsamkeiten und Möglichkeiten von- und miteinander zu lernen. Hierfür soll viel Platz geschaffen werden – ganz besonders in den Erfahrungswerkstätten am zweiten Tag.

Vortrag »Komplexe Problemlagen: Die Notwendigkeit einer systematischen Konfliktbearbeitung am Beispiel Gelsenkirchen«

Uwe Gerwin, Referatsleiter Zuwanderung und Integration/Kommunales Integrationszentrum Gelsenkirchen

„Ich würde Ihnen gerne erzählen, was uns in dieser Stadt umtreibt...“ Mit diesem Satz begann Uwe Gerwin, Referatsleiter Zuwanderung und Integration/Kommunales Integrationszentrum der Stadt Gelsenkirchen seinen praxisnahen und lebendigen Vortrag.

Das Thema Integration, das Gerwin eigentlich gar nicht mehr so nennen wolle, sei ein großes Anliegen der Stadt. Er und die Mitarbeitenden der Verwaltung hätten ein Interesse daran, dass das Leben in dieser Stadt funktioniere. Es gehe darum, dass die Menschen bekommen, was sie brauchen, dass sie als Menschen mit ihren Bedürfnissen gesehen würden.

„Es geht darum, dass die Menschen kriegen, was sie brauchen, dass sie als Menschen mit ihren Bedürfnissen gesehen werden.“

„Integration ist nicht mehr das richtige Wort. Es ist eine viel zu große Schublade.“

Gerwin führte aus, warum der Begriff „Integration“ nicht mehr passt: „Integration ist nicht mehr das richtige Wort. Es ist eine viel zu große Schublade.“ Menschen mit Migrationsgeschichte machten in Gelsenkirchen 37% der Einwohnenden aus. Er wolle sich eher die Frage stellen, wie ein gutes Miteinander funktioniere und Teilhabe ermöglicht werden könne. Viele Bereiche müssten für dieses Miteinander zusammenarbeiten.

„Die Menschen, die sich in Gelsenkirchen gemeldet haben, sind Gelsenkirchener und Gelsenkirchenerinnen und ich bin deren Dienstleister.“ So beschreibt Gerwin sein Selbstverständnis als Angehöriger der Stadtverwaltung. Gleichzeitig machte er aber auch darauf aufmerksam, dass die Stadtverwaltung alleine all das nicht stemmen könne. Dies müsse die Stadtgesellschaft gemeinsam tun.

„Die Menschen, die sich in Gelsenkirchen angemeldet haben, sind Gelsenkirchener und Gelsenkirchenerinnen und ich bin deren Dienstleister.“

Referatsleiter Gerwin machte in seinen Ausführungen nachvollziehbar, dass es sich bei Gelsenkirchen zum einen um eine Stadt mit vielfältigen Herausforderungen handle, zum anderen aber auch um eine Stadt, die sich dafür entschieden habe, neue und innovative Wege zu gehen, um ein friedvolles Miteinander der Menschen in der Stadt zu gestalten.

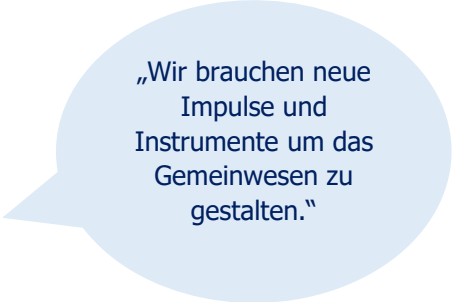
Gelsenkirchen ist eine Stadt, die sich dafür entschieden hat, neue und innovative Wege zu gehen, um ein friedvolles Miteinander der Menschen in der Stadt zu gestalten.

Die Herausforderungen der Stadt ließen sich zahlenmäßig mit dem hohen Anteil an Menschen mit Migrationsgeschichte beziffern. Jedes 5. Kind habe einen Südosteuropa- oder Fluchthintergrund. Kitaplätze seien nicht ausreichend vorhanden. Die Zuwanderung finde im Falle Gelsenkirchens in eine relativ arme Stadt statt und sei zusätzlich auch noch oft eine Armutszuwanderung.

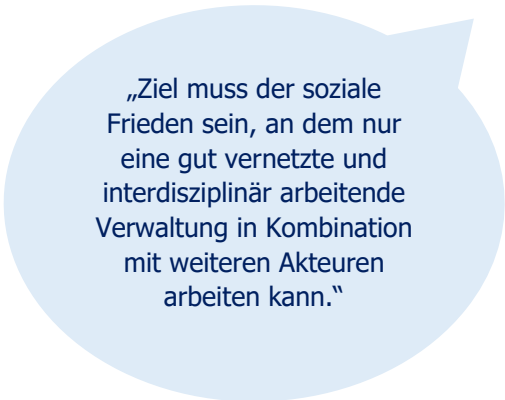
Der Anteil an Menschen, die Sozialhilfe empfangen, würde die Schalke-Arena füllen. Gerwin konstatierte: „Wir müssten in dieser Stadt mehr über Armut als über Zuwanderung reden.“ Gelsenkirchen sei zudem die Ankommensstadt für das Ruhrgebiet. Von hier aus würden die Menschen weiterziehen. In Stadtteilen wie Schalke ergebe sich dadurch beispielsweise ein regelmäßiger Wechsel der Menschen von 40%. Diese hohe Fluktuation führe zu der Frage, ob Integration überhaupt Sinn mache.

Zunehmende soziale Segregation könne in der Stadt beobachtet werden. Wobei sich herausfordernde Themen wie Konflikte im öffentlichen Raum und Beschwerden aufgrund von Lärm und Müll in einzelnen Stadtteilen ballen würden. All das bedrohe den sozialen Frieden in Gelsenkirchen und zeige sich bei den Menschen in einer Art Bitterkeit. Gerwin warb in seinen Ausführungen darum, diese Bitterkeit wahr- und ernst zu nehmen. Er beobachte, dass die Menschen in der Stadt stark in ihren Kreisen verhaftet seien und sich Kommunikation untereinander verändert habe. Wo Menschen früher direkt aufeinander zingingen um sich wegen Lautstärke oder Grillgeruch zu beschweren, würden nun eher Akteure von außen gerufen wie die Polizei. Themen wie Diskriminierung und der Wertverlust von Häusern in manchen Quartieren würden die Menschen zusätzlich unzufrieden und bitter machen. Und dennoch gebe es in Gelsenkirchen Energie, Ideenreichtum und Kreativität, um die Probleme anzugehen. Gerwin zitierte den Soziologen Aladin El-Mafaalani um zu verdeutlichen, warum es auch sein Gutes haben könne, dass all diese Konflikte stattfinden. Laut El-Mafaalani seien die Konflikte, die sich in Gelsenkirchen zeigen, ein positives Zeichen, denn sie würden bedeuten, dass die Menschen miteinander in Kontakt seien und neu wie alt Zugewanderte Teilhabe und Mitbestimmung forderten.

Gerwin war eindeutig in dem, was für die Stadt notwendig sei: „Wir brauchen neue Impulse und Instrumente um das Gemeinwesen zu gestalten.“ Die Versäulung der Verwaltung, die sich häufig anhand wenig vernetzter Arbeitsbereiche zeige, sei untauglich für diese Prozesse. Ziel müsse der soziale Frieden sein, an dem nur eine gut vernetzte und interdisziplinär arbeitende Verwaltung in Kombination mit weiteren Akteuren arbeiten könne. Für die Auflösung der Versäulung wurde in Gelsenkirchen u.a. die Stabsstelle EU-Ost gegründet.



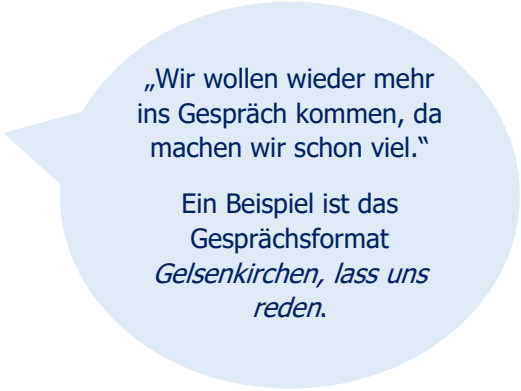
„Wir brauchen neue Impulse und Instrumente um das Gemeinwesen zu gestalten.“



„Ziel muss der soziale Frieden sein, an dem nur eine gut vernetzte und interdisziplinär arbeitende Verwaltung in Kombination mit weiteren Akteuren arbeiten kann.“

Dies sei ein interdisziplinäres Konstrukt, in dem es darum gehe, Multiperspektivität zu schaffen. Gemeinsam würden die beteiligten Akteure um den besten Weg ringen. Gerwin machte deutlich, dass die verschiedenen Bereiche innerhalb und außerhalb der Verwaltung zusammengehören. Die Bereiche Städtebau, Ordnung und Sicherheit, Integration und aufsuchende Sozialarbeit müssten miteinander und auch mit weiteren Akteuren eng verzahnt zusammen arbeiten um passgenaue Lösungen zu entwickeln.

Dieser Arbeit liege die Haltung zugrunde, in der sich Stadtverwaltung als Dienstleisterin aller Gelsenkirchener und Gelsenkirchenerinnen verstehe. „Wir brauchen das freundliche Gesicht der Stadtverwaltung.“ Es gehe als Verwaltung darum, für die Menschen in der Stadt sichtbar und ansprechbar zu sein. „Wir wollen wieder mehr ins Gespräch kommen, da machen wir schon viel.“ Gerwin nennt als Beispiel das Gesprächsformat „Gelsenkirchen, lass uns reden“, bei dem Gelsenkirchenerinnen und Gelsenkirchener zum Dialog eingeladen worden seien. Das Format sei in der Stadt gut angenommen worden.

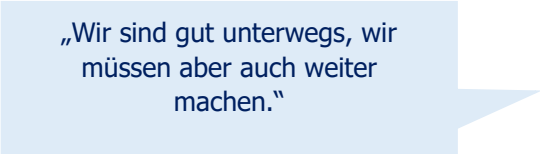


„Wir wollen wieder mehr ins Gespräch kommen, da machen wir schon viel.“

Ein Beispiel ist das Gesprächsformat *Gelsenkirchen, lass uns reden.*

Aus dieser neuen Haltung heraus wurde in Gelsenkirchen festgestellt, dass es neben der Bereitschaft zu Kommunikation und Kontakt auch Konfliktkompetenz brauche, um den sozialen Frieden in der Stadt zu wahren. Gemeinsam mit dem forumZFD wurden im Rahmen kommunaler Konfliktberatung in Gelsenkirchen Ansätze für Konfliktmanagement entwickelt. Es gebe extra Personalstellen, die für die Bearbeitung von Konflikten zuständig sei. In den Stadtteilen Horst und Rotthausen würde die Stadt seit 1. Juli 2024 mit diesem neuen Ansatz experimentieren. Wirkungen seien noch unklar und müssten gemessen werden. Die Intention sei, die Menschen nicht alleine zu lassen. Sie sollten ermutigt werden, Themen auch selbst initiativ anzugehen und die eigenen „Bubbles“ zu verlassen. Die Behörde solle durch dieses Angebot und die damit verbundene Unterstützung als konstruktiv erlebt werden.

Im Abschluss seines Vortrags ließ Gerwin keinen Zweifel daran, dass er das Konfliktmanagement stabilisieren und erweitern wolle. Für ihn sei es Bestandteil einer Verwaltung, die sich dafür zuständig fühle, die Menschen aus ihren Echoräumen heraus zu holen. Gemeinsam mit freien Trägern müsse es gelingen, die Verwaltungsversäulung aufzulösen, um zielgerichtete und wertschätzende Kommunikation zu ermöglichen und als Behörde für die Menschen in Gelsenkirchen sichtbar zu sein. Gerwin schließt zuversichtlich: „Wir sind gut unterwegs, wir müssen aber auch weiter machen.“



„Wir sind gut unterwegs, wir müssen aber auch weiter machen.“

Vortrag »Radikalisierung den Nährboden entziehen - eine Perspektive aus der Kommunalen Konfliktberatung«

Thimna Bunte & Dominique Pannke, Konfliktberaterinnen des forumZFD

Wenn Sie mit uns in der Kommunalen Konfliktberatung (KKB) arbeiten, hören sie oft, dass Konflikte normal sind und nicht nur das, sondern auch, dass sie Innovationskraft haben und dass sie Motor für Veränderung sind. Gleichzeitig ist uns sehr bewusst, wie anspruchsvoll und anstrengend Konfliktaustragung sein kann. Besonders herausfordernd wird es, wenn wir mit Positionen konfrontiert sind, die demokratische Institutionen grundsätzlich in Frage stellen oder offen Menschenfeindlichkeit vertreten, wie es in den letzten Jahren mehr und mehr der Fall ist. Diese gesellschaftlichen Entwicklungen nehmen wir natürlich auch in unseren Beratungsprozessen wahr, mit ganz unterschiedlichen Ausprägungen und Herausforderungen.

Ein Beispiel: In einer Kommune organisiert eine Gruppe regelmäßig gut besuchte Demonstrationen. Diese Menschen stellen grundsätzlich die Vertrauenswürdigkeit demokratischer Institutionen und Akteure in Frage und sehen für sich im Widerstand auf der Straße die einzige Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen und die Demokratie zu bewahren. Auslöser waren die Maßnahmen in der Corona-Pandemie. Heute werden dort andere Themen besprochen. Die Bühne steht aber auch rechtsextremen Parteien und Gruppen offen. Die Aussage der Organisatoren ist, dass das eine Demokratie aushalten müsse, nicht so wie in Corona, wo Meinungen ausgegrenzt worden seien. Das oberste Prinzip sei die freie Meinungsäußerung zum Schutz der Demokratie.

*Ein weiteres Beispiel handelt von einem Beratungsprozess in einem Quartier, in dem es eine lange Geschichte von z.T. auch gewalttätigen Auseinandersetzungen gab. Dort gab es ein Quartiersforum, das eigentlich dem Austausch der Bewohner*innen dienen sollte. Allerdings wurde es von rassistischen Äußerungen gegenüber migrantisierten Nachbar*innen dominiert. Die Verwaltung ließ das Format weiterlaufen, in der Hoffnung, dass, wenn die Bewohner*innen ihre Wut und ihren Frust ausdrücken konnten, sie dann konstruktiver mit den Konflikten im Quartier umgehen würden. Die Folge war allerdings eine andere: Es blieben immer mehr Menschen fern – besonders jene, die von den menschenfeindlichen Aussagen betroffen waren. Damit war das Quartiersforum kein Raum mehr, in dem das Zusammenleben gemeinsam mit allen gestaltet werden konnte.*

Diese Beispiele werfen die Frage auf: Wie kann solchen Radikalisierungsprozessen der Nährboden entzogen werden? Diese Frage beleuchten wir in diesem Impuls aus unserer Perspektive als professionelle Konfliktberaterinnen. Mit „wir“ meinen wir also nicht die KKB als Ganzes, sondern uns beide: Dominique Pannke und Thimna Bunte.

„Radikalisierung begreifen wir hier als Entwicklungsprozess in Richtung einer ‚radikalen‘, von der herrschenden Meinung deutlich abweichenden politischen und/oder religiösen Positionierung von Gesellschaftsmitgliedern.“

Lassen Sie uns dafür zunächst auf das Thema Radikalisierung schauen. Radikalisierung begreifen wir hier als Entwicklungsprozess in Richtung einer ‚radikalen‘, von der herrschenden Meinung deutlich abweichenden politischen und/oder religiösen Positionierung von Gesellschaftsmitgliedern. Dies kann zu einer Ablehnung bestehender sozialer, gesellschaftlicher und kultureller Systeme führen und in letzter Konsequenz in direkter Gewalt münden. Unter Radikalisierung fassen wir unterschiedliche Phänomene. Dazu gehören, wie in unseren Beispielen, Personen und Gruppen, die das Vertrauen in demokratische Institutionen immer mehr verlieren oder die sich offen menschenfeindlich äußern, bis hin zur Vertretung geschlossener politischer oder religiöser Ideologien, Demokratiefeindlichkeit und der Bereitschaft zur Anwendung von physischer Gewalt.

„Unter Radikalisierung fassen wir u.a. Personen und Gruppen, die das Vertrauen in demokratische Institutionen immer mehr verlieren oder die sich offen menschenfeindlich äußern, bis hin zur Vertretung geschlossener politischer oder religiöser Ideologien, Demokratiefeindlichkeit und der Bereitschaft zur Anwendung von physischer Gewalt.“

Wir möchten diese ganze Bandbreite mit ihren unterschiedlichen Intensitäten einbeziehen, die für uns, auch in weniger intensiver Ausprägung, wichtige Warnhinweise zur Radikalisierungsprozessen in einer Gesellschaft darstellen. Radikalisierungsprozesse kann man mit einem Fokus Individuen betrachten, d.h. individuelle Erlebnisse in den Biografien von Menschen werden als Ursache für ihre Radikalisierung herangezogen. Wir wollen jedoch mit einem systemischen Blick auf mögliche gesellschaftliche Ursachen schauen. Uwe Kemmesies und Karoline Weber beschreiben Radikalisierung als Folge von ungelösten Konflikten um gesellschaftliche

Zustände. Sie schreiben: „Ausgelöst wird der Prozess der Radikalisierung durch gesellschaftliche Konflikte, die zumeist in herrschenden Zuständen wurzeln, die von Gesellschaftsmitgliedern als problematisch, ungerecht und/oder regelungsbedürftig wahrgenommen werden“ (Kemmesies & Weber 2019, S. 320)¹. Was meinen wir mit herrschenden Zuständen? Hiermit meinen wir z.B. Marginalisierung und soziale Ungerechtigkeit, oder wenn Menschen den Eindruck haben, politisch machtlos zu sein, oder wenn schnelle gesellschaftliche Veränderungsprozesse oder Krisen Unsicherheit auslösen.

¹ Quelle: Kemmesies, Uwe E. & Weber, Karoline (2019): Frieden und Deradikalisierung. In: Gießmann, Hans J. & Rinke, Bernhard (Hrsg.): Handbuch Frieden. Springer VS: Wiesbaden.

Dieses Verständnis von Radikalisierung als Symptom mangelnder Konfliktbearbeitung wird auch von Extremismusforscher*innen geteilt. Mathias Quent, der zu Rechtsextremismus forscht, versteht unbearbeitete Konflikte als „Gelegenheitsstrukturen“ zur radikalen Mobilisierung, die von sogenannten Radikalisierungsunternehmern genutzt werden, um mit einfachen Lösungen und klaren Feindbildern gesellschaftliches Unbehagen sowie Demokratie- und Menschenfeindlichkeit zu stärken.

„Radikalisierung ist auch ein Symptom nicht oder unkonstruktiv ausgetragener gesellschaftlicher Konflikte.“

Unsere Thesen sind also: Radikalisierung ist auch ein Symptom nicht oder unkonstruktiv ausgetragener gesellschaftlicher Konflikte, die gesellschaftliche Zustände betreffen. Bleiben diese Konflikte unbearbeitet, bieten sie mehr Gelegenheitsstrukturen für menschenfeindliche und demokratiefeindliche Mobilisierung. Deshalb ist im Umkehrschluss unsere These: Konfliktbearbeitung kann Radikalisierung den Nährboden entziehen. Wenn wir diese Thesen zur Grundlage nehmen, dann ist die nächste zentrale Frage, wie Konflikte ausgetragen werden sollten, damit Radikalisierung der Nährboden entzogen wird. Wir möchten drei Aspekte in den Fokus nehmen, die aus unserer Perspektive grundsätzlich für Konfliktbearbeitung im Zusammenhang mit Radikalisierungsprozessen wichtig sind.

1. Konstruktive Konfliktbearbeitung: Von Positionen zu Bedürfnissen

Zunächst ist es zentral, Konflikte konstruktiv auszutragen. In der Konfliktbearbeitung unterscheiden wir dafür zwischen „Positionen“ und „Bedürfnissen“: Positionen sind die nach außen getragenen Forderungen und Sichtweisen der Konfliktparteien – also das, was lautstark auf Demonstrationen gerufen, oder in Beschwerdebriefen geschrieben wird. Die Positionen der Konfliktparteien stehen sich meist entgegen. Deshalb ist es oft aussichtslos, zu versuchen Lösungen zu finden, die alle Positionen berücksichtigen. Wenn z.B. radikalisierte Akteure komplette Menschengruppen als Problem ansehen, und finden, dass diese Gruppen entweder nicht hier sein sollten oder sich anpassen müssten, schließt sich das mit der Position der betroffenen Menschen aus, die hier sein und sich frei entfalten wollen.

In der Konfliktbearbeitung haben wir die Aufgabe, hinter die Positionen zu blicken und die dahinterstehenden Bedürfnisse zu erkennen. Damit meinen wir Bedürfnisse, die wir alle kennen, wie z.B. Sicherheit, Zugehörigkeit, Wirksamkeit und Anerkennung. Im Gegensatz zu Positionen haben Konfliktparteien auf der Ebene von Bedürfnissen viel mehr Möglichkeiten, Lösungen zu finden, die die Bedürfnisse aller Betroffenen berücksichtigen. Also z.B. in einer Kommune gemeinsam zu überlegen, wie

„In der Konfliktbearbeitung haben wir die Aufgabe, hinter die Positionen zu blicken und die dahinterstehenden Bedürfnisse zu erkennen.“

sich alle Menschen, die da sind, zugehörig und sicher fühlen und sich frei entfalten können. Um überhaupt auf diese Ebene zu kommen und herauszufinden, worum es eigentlich geht, ist der entscheidende Schritt der des Zuhörens. Je nach Konfliktlage ist Zuhören durch die Konfliktparteien selbst gar nicht mehr möglich. Häufig braucht es erst einmal z.B. andere involvierte Akteure oder auch externe Akteure. Gerade Gruppen oder Personen, die von einer Konfliktlage stark betroffen sind, brauchen die Sicherheit, verstanden worden zu sein.

„Das Verstehen der Bedürfnisse, das ist uns wichtig, ist nicht gleichbedeutend, mit den Positionen einverstanden zu sein.“

In vielen Hintergrundgesprächen der KKB erleben wir immer wieder, dass Konfliktparteien, wenn sie die Erfahrung machen, dass die eigenen Bedürfnisse gehört werden, ihre Positionen etwas weiter in den Hintergrund rücken und die Offenheit entsteht, auch die Bedürfnisse anderer Konfliktparteien als legitim anzuerkennen. Das Verstehen der Bedürfnisse, das ist uns wichtig,

ist nicht gleichbedeutend damit, mit den Positionen einverstanden zu sein. Das ist eine gar nicht so leichte, aber sehr bedeutende Gratwanderung, insbesondere im Fall von demokratie- oder menschenfeindlichen Positionen. Um das zu verdeutlichen, kommen wir nochmal auf unser Beispiel des Quartiersforums zurück. In diesem Fall haben wir Gespräche mit allen Beteiligten geführt. Bei denjenigen, die durch menschenfeindliche Aussagen angegriffen wurden, wurde u.a. die große Belastung durch Rassismus- und Ausgrenzungserfahrungen deutlich. Bei denjenigen, die sich menschenfeindlich geäußert haben, kam der Wunsch nach Zugehörigkeit, Ruhe und verlässlichen Vereinbarungen stärker zu Tage.

In Anlehnung an das Prinzip „Verstehen heißt nicht, einverstanden sein“ haben wir in den Gesprächen darauf geachtet, dass wir die Menschen in ihren Bedürfnissen hören, menschenfeindliche Positionen aber nicht legitimieren. Das kann manchmal bedeuten, dass wir Positionen hinterfragen, und manchmal, dass wir Menschenfeindlichkeit explizit benennen und im Gespräch Grenzen setzen.

„Bei Konfliktparteien, die die Erfahrung gemacht haben, dass die eigenen Bedürfnisse gehört wurden, entsteht Offenheit, auch die Bedürfnisse anderer Konfliktparteien als legitim anzuerkennen.“

Im Fall unseres Beispiels sagte uns am Ende ein Gesprächsteilnehmer, der sich menschenfeindlich geäußert hatte: „Ach wissen Sie, es kann ja auch nicht das Ziel sein, dass ich hier bestimme, wie alle leben sollen.“ Dadurch, dass wir auf die Bedürfnisse geschaut haben, entstand bei dieser Person die Offenheit, anzuerkennen, dass auch die Bedürfnisse der anderen Bewohner*innen des Quartiers berücksichtigt werden müssen.

2. Strukturen, die Gewalt und Ungerechtigkeit befördern, müssen verändert werden

Diese Effekte des Zuhörens und Verstehens sind wertvoll. Allerdings bergen sie v.a. auf individueller Ebene das Potenzial zu Veränderung. Auf gesellschaftlicher Ebene bringen sie noch keinen

„Gerade in Bezug auf Radikalisierung kommt Konfliktbearbeitung an ihre Grenzen, wenn sie den Eindruck erweckt, dass sie rein durch Kommunikation alle Konflikte im Konsens lösen könnte.“

nachhaltigen Wandel. Gerade in Bezug auf Radikalisierung kommt Konfliktbearbeitung, in unserer Perspektive, an ihre Grenzen, wenn sie den Eindruck erweckt, dass sie rein durch Kommunikation alle Konflikte im Konsens lösen könnte. Vielmehr verstehen wir die konkreten Konflikte, auf die wir in der Konfliktbearbeitung eingehen, als Hinweise darauf, wo tiefgreifender Veränderungsbedarf besteht.

Daher ist der zweite Aspekt, der aus unserer Perspektive im Fall von Konflikten im Zusammenhang mit Radikalisierung wichtig ist, die gesamtgesellschaftlichen Zustände in den Blick zu nehmen. Solche Veränderungen auf struktureller Ebene müssen langfristig angegangen werden. Je nach Kontext können unterschiedliche Ansätze hilfreich sein. Darunter fallen auch Ansätze, die die Teilhabe betroffener Bevölkerungsgruppen stärken, wie z.B. Beteiligungsformate oder Dialogprozesse. Gerade im Fall von

„Im Fall von Konflikten im Zusammenhang mit Radikalisierung ist es wichtig, die gesamtgesellschaftlichen Zustände in den Blick zu nehmen. Solche Veränderungen auf struktureller Ebene müssen langfristig angegangen werden.“

Marginalisierung, sozialer Ungerechtigkeit und anderen Strukturen, die Menschen systematisch ausschließen – sei es aufgrund von Klasse, Geschlecht oder rassistischer Diskriminierung – können zudem positionierte Ansätze wie Protest, Empowerment, oder Strategieentwicklung wichtige Beiträge leisten für mehr Teilhabe, Gerechtigkeit und Inklusivität. Damit tragen sie dazu bei, dass konstruktive, bedürfnisorientierte Konfliktbearbeitung fruchtbar wird.

Veränderungen auf struktureller Ebene sind, wie gesagt, langfristige Veränderungen und müssen nicht in jedem Schritt groß und umfassend sein. Im Fall des Quartiersforums z.B. haben die Verantwortlichen innerhalb der Verwaltung das Forum neugestaltet. Das neue Format schaffte einen Rahmen, der zur gemeinsamen Gestaltung des Quartiers einlud. Dort gab es eine Moderation die geschult war, die unterschiedlichen Anliegen empathisch aufzunehmen, besprechbar zu machen und gleichzeitig menschenfeindlichen Äußerungen Grenzen zu setzen, zum Beispiel über Vereinbarungen zur Zusammenarbeit. Durch diese strukturelle Veränderung entstand ein Raum, der das Potenzial mit sich brachte, dass Konflikte im Quartier konstruktiv ausgetragen werden und alle Bewohner*innen des Quartiers an der Gestaltung des Zusammenlebens aktiv beteiligt sein können, miteinander ins Gestalten kommen und Vertrauen aufbauen. So können auch kleine Schritte wichtige erste Schritte hin zu größeren strukturellen Veränderungen sein.

3. Differenzierte Betrachtung der Akteure

Ein dritter zentraler Aspekt für den Umgang mit Radikalisierung und Konflikt ist eine differenzierte Betrachtung von Akteuren. In der Kommunalen Konfliktberatung unterscheiden wir zwischen zwei Akteursgruppen: Denjenigen, die Quent als Radikalisierungsunternehmer bezeichnet, also die bewusst ideologisch und strategisch agieren. Ihnen geben wir keine öffentlichkeitswirksame Bühne, die ihrer Mobilisierungsstrategie dient. Was das im Einzelnen heißt, muss immer wieder anhand

„Ein dritter zentraler Aspekt für den Umgang mit Radikalisierung und Konflikt ist eine differenzierte Betrachtung von Akteuren.“

der konkreten Situation vor Ort reflektiert werden. Die zweite Akteursgruppe sind diejenigen, die sich von Radikalisierungsunternehmern angesprochen fühlen, ohne selbst strategisch zu handeln. Diese beziehen wir in die Beratungsprozesse ein, damit ihre Bedürfnisse gehört und in der Lösungsfindung berücksichtigt werden. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass menschen- oder demokratiefeindliche Positionen nicht legitimiert werden. In unserem Beispiel der Demonstrationen ließen sich zunächst sehr klar Radikalisierungsunternehmer als rechtsextreme Gruppen vor und auf der Bühne identifizieren, in Abgrenzung zu den

Organisatoren, die diese Demonstrationen teilweise seit der Coronazeit anmeldeten, und weiteren Teilnehmenden.

Hinsichtlich der Frage, was dem Beratungsprozess und seinen Zielen dient, war es für das Beratungsteam zunächst wichtig, Hintergrundgespräche mit einzelnen Organisatoren zu führen, um deren Beweggründe und ihr Interesse an „De-Eskalation“ nachzuvollziehen. Aktuell stellt sich die Frage im Prozess, wer genau wie in die nächsten Schritte eingebunden wird.

„Oft gibt es Graubereiche bei Akteuren und es ist manchmal gar nicht so einfach einzuschätzen, mit wem wir es zu tun haben.“

Oft gibt es Graubereiche bei Akteuren und es ist manchmal gar nicht so einfach einzuschätzen, mit wem wir es zu tun haben. Vielleicht geht Ihnen das auch manchmal so, dass Sie Akteure nicht gut einschätzen können und sich unsicher sind, wen Sie eventuell legitimieren oder unterstützen. Daher gehen wir in solchen Fällen mit Expert*innen in Kontakt, wie z.B. die Mobile Beratung gegen Rechts, um besser zu verstehen und gut informiert zu sein, wen wir welcher Akteursgruppe zuordnen können, um dann über die Art der Einbeziehung oder auch Nichteinbeziehung reflektieren zu können.

„Nicht oder destruktiv ausgetragene Konflikte um gesellschaftliche Zustände liefern den Nährboden für Radikalisierung“

Wir halten also fest: Nicht oder destruktiv ausgetragene Konflikte um gesellschaftliche Zustände liefern den Nährboden für Radikalisierung. Dies kann von demokratiefeindlichen und menschenfeindlichen Akteuren zur Mobilisierung genutzt werden. Entscheidend ist es daher, diese Konflikte in all ihrer Komplexität anzuerkennen und bedürfnisorientiert zu bearbeiten, die gesellschaftlichen Strukturen zu verändern, die Ungerechtigkeit befördern, sowie zu einer differenzierten und gut informierten Einschätzung der handelnden radikalen Akteure zu kommen.

Obwohl es in einer Gesellschaft mit zunehmenden Radikalisierungstendenzen immer schwieriger wird, kommen wir so letztendlich wieder auf die Aussage zurück, dass die Transformation von Konflikten eine große Chance für die Demokratie und die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft darstellt. Und wir sind überzeugt, dass wir damit gemeinsam einen wichtigen Beitrag leisten, um Radikalisierungsprozessen den Nährboden zu entziehen.

„Die Transformation von Konflikten stellt eine große Chance für die Demokratie und die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft dar.“

Austauschrunden: »Wie kann Konfliktbearbeitung im Kontext zunehmend komplexer Problemlagen in Kommunen (noch) gelingen?«

Aufgeworfene Fragen

„Wie können sich Kommunen besser zu spezifischen Themen – auch über Bundesländergrenzen hinweg – vernetzen?“

„Wie schaffen wir Wertschätzung für Migration? Wie kann es gelingen, zu sehen was die Menschen mitbringen und nicht auf vermeintliche Defizite zu schauen oder die Sorge zu verbreiten, dass die Menschen etwas wegnehmen?“

„Wie können wir gut bei Kräften bleiben? Wie können wir Gemeinschaften bilden und für uns sorgen?“

„Wie begegnen wir demokratiefeindlichen oder menschenfeindlichen Aussagen in Veranstaltungen? Wer setzt die Regeln? Kann ein Verbot helfen? Wie verhalte ich mich als Gast?“

„Wie gehen wir mit Wutbürger*innen um?“

„Welchen Wert hat die Katharsis in unserer Zeit? Ärger und Aggressionen rauslassen. Gibt es Formate die so etwas einbauen? Wollen wir den *reinigenden* Moment der Katharsis nutzen? Wirkliche Wut ist wertvoll.“

„Aus Sicht der Moderation ist es schwierig, wenn wir es mit rassistischen, vorurteilsbeladenen Äußerungen von Bürger*innen zu tun haben. Geben wir diesen Personen oder Gruppen ein Forum oder knipsen wir das Wort ab?“

„Ideen sind ja da. Aber wie kommen wir zur Umsetzung?“

„Wie kann ich ganz konkrete Konflikte (wie z.B. Ruhestörung oder Raumnutzungskonflikte) lösen?“

„Wer setzt die Standards? Wer ist Minderheit, wer Mehrheit?“

Statements von Teilnehmenden

„Wir müssen laut werden, wenn wir gehört werden wollen.“

„Wir sind als die Generation „Man spricht nicht mit Nazis“ sozialisiert, aber so einfach ist das nicht mehr.“

„Es gibt viele tolle Projekte, viel Engagement aber trotzdem: Angesichts der gesellschaftlichen Lage habe ich eine pessimistische Aussicht auf die Zukunft.“

„Ich sehe einen Widerspruch zwischen den bundesweiten Demos gegen die AFD Anfang des Jahres und der Mittelkürzungen im Haushalt 2025.“

„Junge Menschen wählen die AFD. Daher: Jetzt erst recht die guten Projekte umsetzen und es als Chance sehen.“

„Die Konflikte sind nicht unbedingt komplexer geworden, an vielen Stellen fehlt es aber an Ambiguitätstoleranz. Menschen befinden sich in Echoräumen.“

„Selbstorganisation von zugewanderten Menschen aus Osteuropa in Duisburg kann als „Best Practice Beispiel“ dienen. Die Stadt Duisburg unterstützt diese Selbstorganisation.“

„Wir brauchen das direkte Gespräch, den Dialog mit den Bürger*innen und müssen lernen in Aushandlungsprozesse zu gehen und auch mit Wutbürger*innen in den Räumen umzugehen. Wir müssen nahbar sein.“

„Vielleicht sind die Wahlen in Sachsen und Co. einfach eine große Einladung sich zivilgesellschaftlich zu engagieren.“

Wie gehen Sie heute aus dem Tag?

68 responses





TAG ZWEI

Erfahrungswerkstätten

Die Erfahrungswerkstätten boten allen Teilnehmenden die Möglichkeit, eigene Erfahrungen und Fragestellungen einzubringen und die Expertise der Gruppe zu nutzen. Es haben sowohl vorab vorbereitete als auch spontane Erfahrungswerkstätten stattgefunden.

In zwei Runden á 60 Minuten kamen jeweils ca. 15 Personen miteinander ins Gespräch. Ausgangspunkt für den Austausch war ein kurzer Impuls von einer Person. Im Zentrum standen aber die Fragen und Beiträge der Teilnehmenden.

Die inhaltliche Ausgestaltung der Erfahrungswerkstatt war frei, nur der Rahmen, in dem der Austausch stattfindet, war klar umsteckt. Bei Bedarf wurden die Erfahrungswerkstätten durch eine Moderation unterstützt.

Thema: „Clan-Kriminalität“ – Von der Begriffsdebatte zur Konfliktbearbeitung

Sebastian Häfker, Polizeihauptkommissar Sachbereich Prävention, Niedersachsen

Ausgangspunkt für die Diskussion war die Schilderung einer konkreten Situation aus dem Alltag eines Polizisten. Im weiteren Verlauf der Austauschrunde ging es vor allem um die Fragen:

- Was verstehen wir unter „Clan-Kriminalität“? Wie wird der Begriff definiert? Was sind Indikatoren bzw. Kriterien?
- Braucht es den Begriff „Clan-Kriminalität“ um das Phänomen greifbar und bearbeitbar zu machen? Was könnten alternative Bezeichnungen sein?
- Welche Implikation hat die Verwendung des Begriffs auf die Wahrnehmung der entsprechenden Person/en bzw. auf gesellschaftliche Narrative und Zuschreibungen?

„Begriffsdefinition:
Kriminelle Clans werden
definiert als ethnisch
abgeschottete
Subkulturen, die in der
Regel patriarchalisch-
hierarchisch organisiert
sind und einer eigenen
Werteordnung folgen“.

„Wie begegnen wir „Clan-
Kriminalität“? Das
Zauberwort ist Netzwerk
und der Aufbau von
Strukturen, um dieser
Problematik interdisziplinär
begegnen zu können.“

„Aus meiner Sicht braucht es Prävention über
Jugendbildung. Einen Zugang kann die
Zusammenarbeit mit Schulen darstellen.“

Thema: **Verwaltungsvernetzung statt Versäulung**

Olaf Kleint, Fachdienst Soziales und Senioren der Stadt Salzgitter

Ausgangspunkt für die Diskussion war die Darstellung der Situation in Salzgitter. Im weiteren Verlauf der Austauschrunde ging es vor allem um die Fragen:

- Wie können wir Prozesse fachdienstübergreifend gestalten?
- Wie schaffen wir gute Vernetzung und die Stränge nachhaltig zu halten?
- Wie schaffen wir Bindung in die Bürger*innenschaft, zu den Menschen und Gruppen?

„Für Vernetzung braucht es Beziehungsarbeit, ein klares Mandat sowie Verbündete im System und auf Leitungsebene.“

„Vernetzung ist kein Selbstläufer. Es braucht Bewusstheit damit es als Priorität verstanden wird.“

„Es ist hilfreich, Schnittstellen im Haus zu nutzen und sowohl innerhalb der eigenen Strukturen als auch behördenübergreifend über Vernetzung zu sprechen. Dann werden Kolleg*innen plötzlich hellhörig und es können Kooperationen und Unterstützungsangebote entstehen. Wichtig ist, Erfolge zu verbalisieren und nach außen zu präsentieren.“

„Ein Beispiel für eine gelungene Kooperation von Gesundheitsamt und Sozialamt ist das Impfmobilangebot. Die Impfungen wurden vom Gesundheitsamt bezahlt, aber das Sozialamt war bei der Umsetzung des Angebots beteiligt. Durch die Sozialarbeiter*innen konnten auch Kontakte zu Personengruppen geknüpft werden, zu denen das Gesundheitsamt bislang keinen Zugang hatte.“

Thema: Die Transformation unserer City – Wie bekommen wir gemeinsam mit Bürger*innen, Verwaltung und Stakeholdern bleibende Veränderungen hin?

Petar Drakul, OB-Beauftragter Innenstadtentwicklung, Stadt Mannheim

In dieser Erfahrungswerkstatt wurde das konkrete Vorgehen eines Beteiligungsprozesses in Mannheim geschildert. Anschließend wurden v.a. folgende Fragen diskutiert:

- Wie können Veränderungsprozesse inklusiv gestaltet werden?
- Welche Maßnahmen können helfen, um Ziele trotz Hindernissen zu erreichen?
- Wer sollte beteiligt werden? Wie werden „agents of change“ identifiziert und einbezogen? Wie können aber auch „schwer erreichbare Gruppen“ erreicht und eingebunden werden?

„Es geht nicht darum Menschen zu *beteiligen*, sondern zu *aktivieren*.

Wenn Menschen aktiv werden, entwickeln sie eigene Lösungen, erfahren Selbstwirksamkeit, engagieren sich und sind dann nicht nur Konsumenten.“

„Es müssen Maßnahmen entwickelt werden, um Ziele trotz der Hindernisse zu erreichen. Mein Tipp: Mit dem härtesten Problem anfangen. Wenn das gemeinsam überwunden wurde, läuft alles andere leichter.“

„Bei *freundlicher Zurückhaltung* in der Verwaltung kann es helfen, Personen zu fördern, die Interesse zeigen und jede positive Veränderung zu loben.“

„Fünf wichtigste Lernerfahrungen:
(1) Akteure von Anfang an einbinden;
(2) Erfolge, auch die Kleinen, immer feiern;
(3) Öffentlichkeitsarbeit mitdenken. Gerade bei konfliktreichen Themen muss transparent kommuniziert werden;
(4) Zurückhaltung, Ablehnung, etc. nicht persönlich nehmen. Menschen in der Bevölkerung sowie in der Verwaltung haben schlechte Vorerfahrungen gemacht;
(5) Wertschätzung ist wichtig!“

Thema: Konflikte und Konfliktbearbeitung im Kontext von Quartiersarbeit: Reflexion angewandter Strategien im Sozialraum

Maike Rolf, Quartiersmanagement Lannesdorf/Mehlem, Bonn

In dieser Erfahrungswerkstatt wurden unterschiedliche Maßnahmen vorgestellt, die das Quartiersmanagement bereits unternimmt, sowie Herausforderungen benannt, mit denen sie konfrontiert sind. Anschließend wurden in der Gruppe folgende Fragen diskutiert:

- Wie kann Konfliktbearbeitung in der Quartiersarbeit aussehen? Was sind bewährte und kreative Handlungsstrategien? Was sind Herausforderungen?
- Wie kann mit sogenannten „Wutbürger*innen“ bei Quartiersveranstaltungen umgegangen werden?



„Aktuelle Kriege und internationale Politik sind auch im Quartier spürbar und werden dort ausgetragen. Wir möchten Raum für die emotionale Verarbeitung schaffen, um weiterhin für alle ansprechbar zu sein.“

„Beteiligungsformate sowie Begegnung brauchen eine gute und sensible Moderation“.

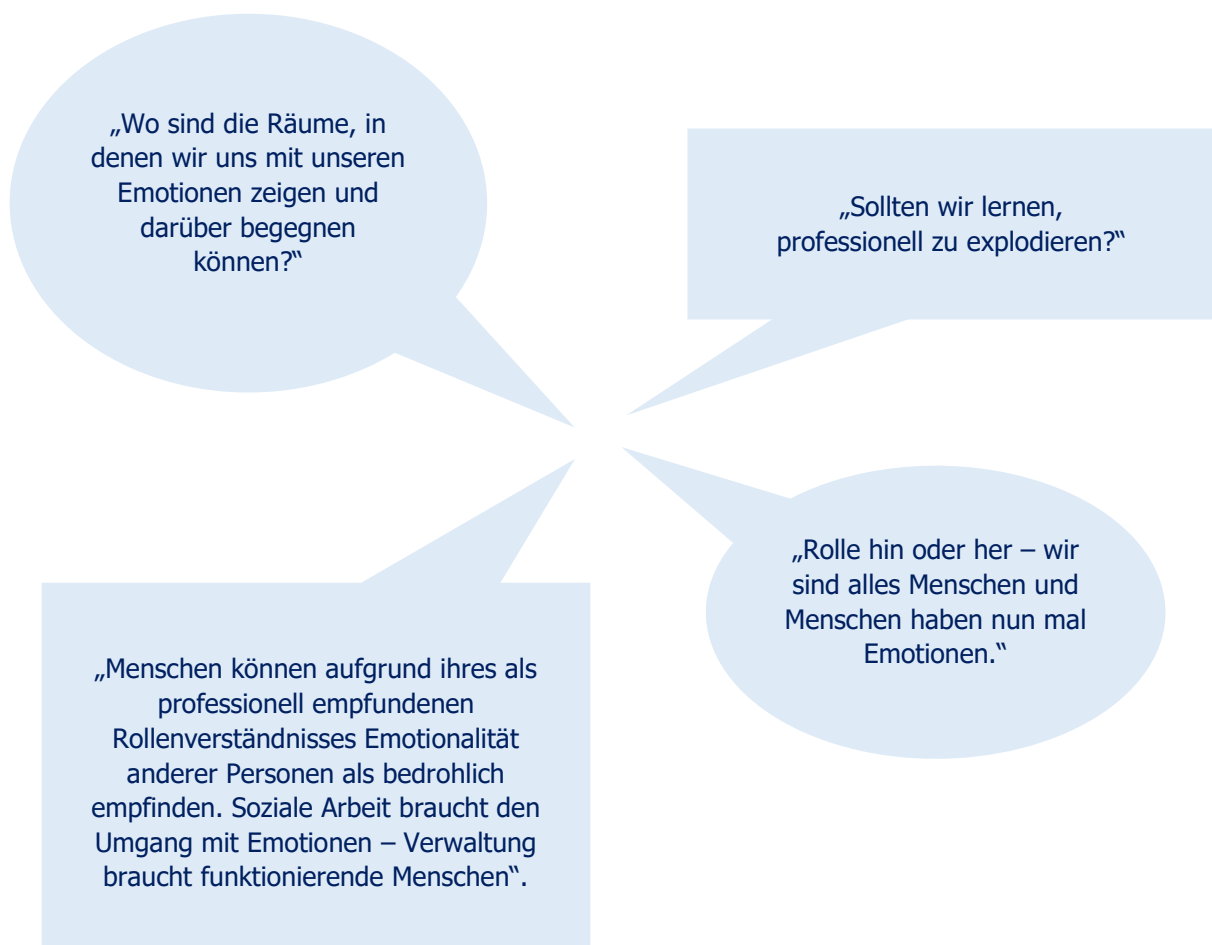
„Statt bereits engagierte und sichtbare Stimmen gilt es die „Unerreichbaren“ zu erreichen. Erst dann wird die Diversität des Quartiers abgebildet.“

Thema: Emotion in der Konfliktbearbeitung

Hanna Seydel, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Technische Universität Dortmund

In dieser spontanen Erfahrungswerkstatt wurden Forschungsergebnisse vorgestellt. Im Anschluss daran wurden vor allem folgende Fragen in der Gruppe diskutiert:

- Wie wird Emotion in der Konfliktbearbeitung und Konfliktberatung mitgedacht?
- Werden eigene Emotionen und die von anderen Menschen systematisch einbezogen?

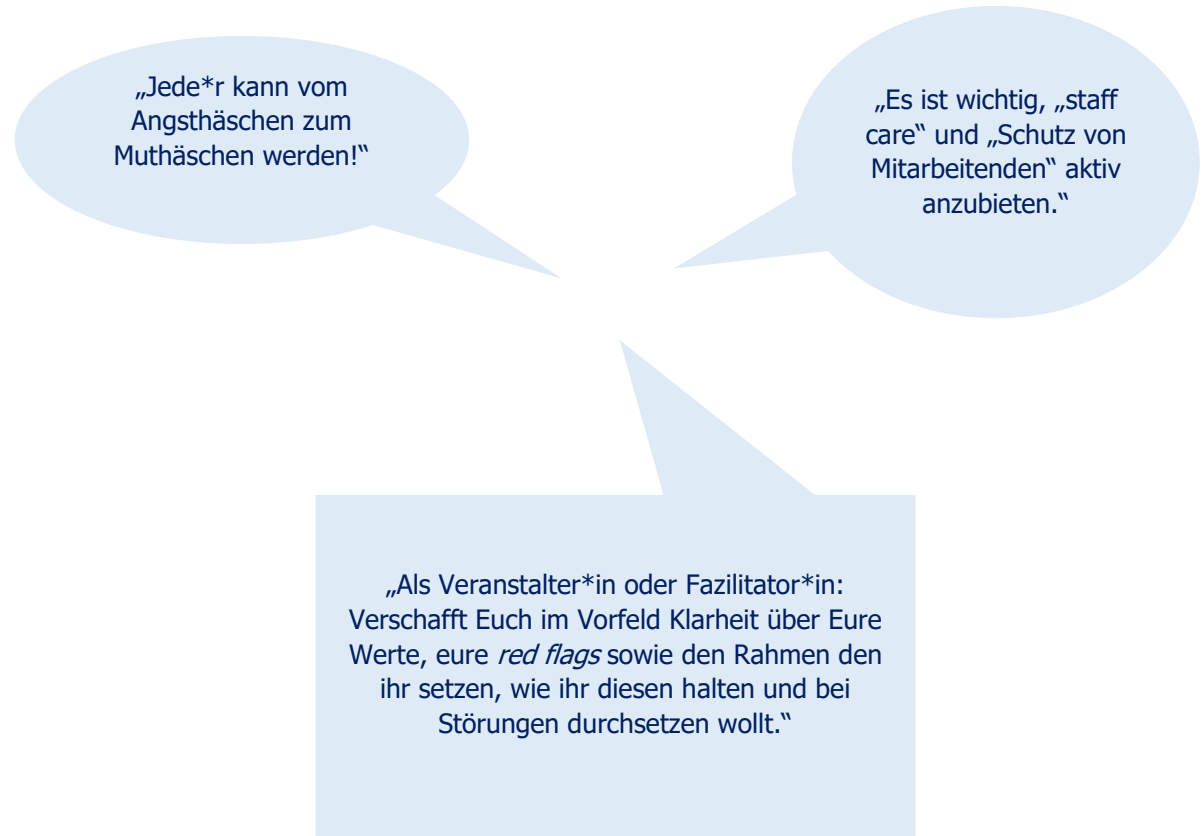


Thema: Umgang mit Störungen und Übergriffen in öffentlichen Veranstaltungen

Chaska Stern, Trainer Team Gewaltmanagement, Bundesnetzwerk Zivilcourage, Berlin

Diese Erfahrungswerkstatt war interaktiv gestaltet und bot den Teilnehmenden die Möglichkeit, sich in praktischen Übungen mit dem Thema „Sicherheit“ auseinander zu setzen. Hierbei stand vor allem folgende Fragen im Mittelpunkt der Diskussion:

- Wie können öffentliche Veranstaltungen vor Störungen oder Übergriffen geschützt werden?
- Welche Funktionen haben Dialog-Regeln, Hausrecht oder Awareness-Teams?
- Wie können wir weiterhin für unsere Werte sichtbar aktiv bleiben und dabei geschützt sein?



„Jede*r kann vom Angsthäschen zum Muthäschen werden!“

„Es ist wichtig, „staff care“ und „Schutz von Mitarbeitenden“ aktiv anzubieten.“

„Als Veranstalter*in oder Fazilitator*in:
Verschafft Euch im Vorfeld Klarheit über Eure Werte, eure *red flags* sowie den Rahmen den ihr setzen, wie ihr diesen halten und bei Störungen durchsetzen wollt.“

Thema: Als Kommune für die Bundespolitik abgestraft werden

Nadja Gilbert und Antonie Armbruster-Petersen, Konfliktberaterinnen forumZFD

Ausgangspunkt für diese Erfahrungswerkstatt war die Wahrnehmung bzw. These des/der Bürgermeister*in einer Kommune in Mecklenburg-Vorpommern: In den Wahlergebnissen (30% AfD auf kommunaler Ebene) wurde die Stadtverwaltung und -vertretung für die Bundespolitik abgestraft! Im weiteren Verlauf wurden u.a. folgende Fragen diskutiert:

- Was könnte für diese These sprechen? Was dagegen?
- Warum orientieren sich Menschen bei Kommunalwahlen an der Bundespolitik? Wie könnte dem entgegengewirkt werden?
- Wie kann die Kommunale Konfliktberatung mit starken Emotionen zu allgemeinen bzw. bundespolitischen Themen umgehen?

„Wir (die Stadt) reden zu wenig darüber, was wir alles Gutes tun“.

„Es wird viel immer wieder das Gleiche gemacht, auch wenn es nicht funktioniert.“

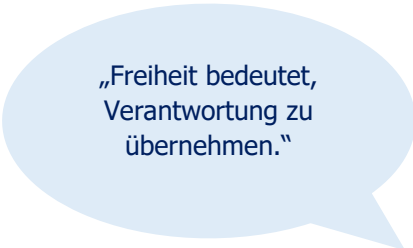
„In dieser Kommune waren die Wahlergebnisse Anlass, um Konflikte sichtbar zu machen, die vorher negiert wurden.“

„Ist wirklich die Bundespolitik das Problem? Oder ist das nur eine bequeme Erklärung?“

Tagungskommentar »Kommunen im Fokus: Erfahrungen bündeln, Zukunft gestalten«

Dr. Johannes Blatt, Konfliktberater forumZFD

In den letzten Wochen wurde anlässlich der Landtagswahlen viel über Ostdeutschland gesprochen und geschrieben. Ich selbst bin in Sachsen-Anhalt aufgewachsen, habe in Thüringen und in Sachsen studiert, lebe in Brandenburg und bin als Konfliktberater in Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen tätig. Man könnte also sagen: Ich bringe eine ostdeutsche Perspektive mit.



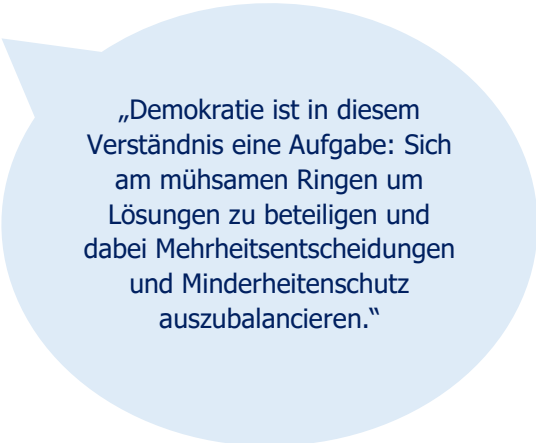
„Freiheit bedeutet, Verantwortung zu übernehmen.“

Zugleich sind Identitäten vielschichtig. Die ostdeutsche Perspektive gibt es nicht und ich bin sicher kein typischer Vertreter „der Ostdeutschen“. Ich stamme aus einer Familie aus dem Umfeld der kirchlichen Opposition in der DDR. Ich habe stark verinnerlicht, dass die Demokratie von der Generation meiner Eltern erkämpft werden musste, dass demokratische Institutionen einen hohen Wert haben, dass

man sie mit Leben füllen muss – dass Freiheit bedeutet, Verantwortung zu übernehmen. Demokratie ist in diesem Verständnis eine Aufgabe: Sich am mühsamen Ringen um Lösungen zu beteiligen und dabei Mehrheitsentscheidungen und Minderheitenschutz auszubalancieren. Dem gegenüber steht das Verständnis vieler Menschen, u.a. in Ostdeutschland, dass Demokratie im Kern Volkssouveränität bedeutet. Viele leiten daraus die Vorstellung ab, Demokratie begründe vor allem eine Forderung: dass die Regierung den Volkswillen – den Mehrheitswillen, der sich auf der Straße ausdrückt – umsetze und das Volk ansonsten in Ruhe lasse.

Sie sehen, es gibt ganz verschiedene ostdeutsche Perspektiven, die eine Rolle in den aktuellen Auseinandersetzungen spielen. Ich stelle dies als Eingangsbemerkung vorweg, damit Sie wissen, mit wem Sie es zu tun haben und vor welchem Erfahrungshintergrund ich zu Ihnen spreche.

Meine Reflexionen zur Tagung gliedern sich in zwei Erkenntnisse, zwei Fragen, eine Befürchtung und eine Hoffnung.



„Demokratie ist in diesem Verständnis eine Aufgabe: Sich am mühsamen Ringen um Lösungen zu beteiligen und dabei Mehrheitsentscheidungen und Minderheitenschutz auszubalancieren.“

Erste Erkenntnis:

Die Stadt Gelsenkirchen zeigt, wie herausfordernd kommunale Konflikte sein können.

Im Grußwort von Herrn Nowak, im einführenden Vortrag von Herrn Gerwin sowie in den Austauschrunden habe ich viel über Gelsenkirchen gelernt. Bei uns in Ostdeutschland fürchten manche Leute ja bei einem Anteil migrantischer Bevölkerung von fünf oder zehn Prozent bereits den Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung. Gestern hatte ich das Gefühl: „Wow, hier in Gelsenkirchen, da stellen Sie sich aber echten Herausforderungen!“

Sie haben den Strukturwandel nach dem Ende der Ära von Kohle und Stahl gemeistert, der mit einer massiven Deindustrialisierung und einem erheblichen Bevölkerungsrückgang einherging. Sie haben 37% Bevölkerung mit Migrationshintergrund, ein Miteinander und teilweise Nebeneinander von 130 Nationalitäten. Sie haben Armutszuwanderung in eine arme Stadt. Jedes zweite Kind wächst in Hartz IV auf. Sie haben die bundesweit niedrigste Beschäftigungsquote. Viele Wohnimmobilien sind in schlechtem Zustand und werden nur noch von armen Bevölkerungsgruppen nachgefragt, die deshalb auch aus anderen Städten des Ruhrgebiets hierherkommen. Sie haben Probleme im Zusammenleben der verschiedenen Gruppen, verbitterte Menschen, die sich fremd fühlen in der eigenen Stadt und die „die Welt nicht mehr verstehen“. Sie nutzen „Besenkammern“ als Unterrichtsräume, es gibt Gewalt an Schulen, Obdachlosigkeit, eine Drogenszene... Das ist jetzt alles sehr verdichtet und etwas dramatisch zugespitzt.

„Sie reden die Dinge nicht schön, aber Sie geben auch nicht auf.“

Sie haben auch andere, positivere Seiten und Facetten von Gelsenkirchen erwähnt: Erfolgreich sanierte Straßenzüge, die Modernität des Wissenschaftsparks, die starke Identifikation der Menschen mit der Stadt – Stichwort Schalke, „Swiftkirchen“. Aber Sie scheuen sich nicht, auch die erheblichen Schwierigkeiten und Herausforderungen der Stadt

ungeschminkt zu benennen. Wenn man sich all dies vor Augen führt, finde ich: Da könnten manche in ihrer beschaulichen sächsischen Kleinstadt, die phantasieren, bei ihnen gäbe es untragbare Zustände, ihre Situation mal ins Verhältnis setzen. Verstehen Sie mich nicht falsch: Auch dort gibt es positiv eingestellte, engagierte Menschen, die etwas tun statt zu schimpfen, es gibt viele solche Menschen, auch in Ostdeutschland! Und eben genau das hat mich hier in Gelsenkirchen beeindruckt: Ihre angesichts all der beschriebenen Probleme und Herausforderungen positive Haltung, Ihr Engagement, Ihr Mut, als Kommune, als Netzwerk kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure neue Wege zu beschreiten, sich zu vernetzen, in den Dialog mit den Bürger*innen zu gehen. Sie reden die Dinge nicht schön, aber Sie geben auch nicht auf.

„Konflikte bedeuten auch Augenhöhe, Konflikte auszutragen heißt: Menschen bestimmen mit, man ist miteinander in Kontakt.“

Ein paar Schlüsselsätze von Gelsenkirchener Akteuren habe ich notiert: „Die Menschen, die sich in Gelsenkirchen angemeldet haben, sind die Gelsenkirchener Bürgerinnen und Bürger – für die bin ich als Verwaltungsmitarbeiter da als Dienstleister.“ „Dialog ist anstrengend – aber wir

müssen das noch mehr machen“. „Konflikte bedeuten auch Augenhöhe, Konflikte auszutragen heißt: Menschen bestimmen mit, man ist miteinander in Kontakt.“ „Wir sagen nicht, Integration sei gescheitert, sondern arbeiten jeden Tag daran, dass sie gelingt – wir wollen hier das Miteinander gestalten.“

„Diese mutige, positive, engagierte Haltung angesichts der enormen Herausforderungen verdient größten Respekt.“

Diese mutige, positive, engagierte Haltung angesichts der enormen Herausforderungen verdient größten Respekt, deshalb bitte ich um einen großen Applaus für die Akteure aus Gelsenkirchen.

Zweite Erkenntnis: Komplexe Probleme lassen sich nur im Netzwerk bearbeiten

„Vernetzung ist das Zauberwort“ – immer wieder wurde das betont: in den Vorträgen über Gelsenkirchen, in den Austauschrunden, in den Erfahrungswerkstätten zur sogenannten „Clan-Kriminalität“ (Sebastian Häfker) und zur Verwaltungsvernetzung in Salzgitter (Olaf Kleint). Ein zentraler Satz war für mich der: „Als es noch gut lief, konnten wir in den verschiedenen Behörden jeder Seins machen. Jetzt haben wir all die Krisen und sie zeigen sich in den Kommunen – wir müssen zusammenarbeiten.“

„Vernetzung ist das Zauberwort“

Es geht, habe ich gelernt, um die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Verwaltungsfachbereichen (etwa Ordnung, Soziales, Bau), der Polizei, dem Bereich Schule, der organisierten und nicht-organisierten Zivilgesellschaft, Akteuren der Sozialarbeit und teilweise Landesministerien. Interdisziplinär vernetzt und akteursübergreifend koordiniert bearbeiten Sie strukturelle Probleme im Quartier, führen Sie Fallkonferenzen im Sozialraum durch, koordinieren Sie das Vorgehen in Brennpunkt-Schulen, kümmern Sie sich um die Prävention von Kriminalität und Gewalt.

„Als es noch gut lief, konnten wir in den verschiedenen Behörden jeder Seins machen. Jetzt haben wir all die Krisen und sie zeigen sich in den Kommunen – wir müssen zusammenarbeiten.“

„Wir sind unterschiedlicher Meinung und das ist auch gut so.“

Warum das wichtig ist haben die Praktiker*innen dieser kommunalen Vernetzung unter anderem mit folgenden Worten beschrieben: „Wir kennen uns, wissen voneinander, stimmen uns ab, wer wann wo reingeht und wo wir gemeinsam auftreten.“ „Wir sind unterschiedlicher Meinung und das ist auch gut so. Wir ringen mit verschiedenen Perspektiven, um den besten Weg im Sinne der Menschen.“ „Wir werden zu Brückenbauern, die die Handlungslogiken anderer Akteure verstehen und dieses Wissen in die eigene Organisation einbringen.“

Es wurden aber auch Gelingensbedingungen für sinnvolle Vernetzung auf kommunaler Ebene formuliert:

- Vernetzung ist kein Selbstzweck. Die Zusammenarbeit sollte ein konkretes gemeinsames Anliegen bzw. ein bestimmtes Quartier zum Gegenstand haben. Dann bringt sie den beteiligten Akteuren einen konkreten Nutzen.
- Vernetzung braucht eine Haltung der Offenheit: sich auch für Themen zuständig zu fühlen, für die kein Zuständigkeitsbereich oder Ablauf festgelegt ist.
- Vernetzung sollte nicht ad hoc erfolgen, in einmaligen Treffen, sondern es braucht Strukturen für die regelmäßige Zusammenarbeit. Vernetzung braucht Zeit: Beziehungen und Vertrauen müssen wachsen.

„Wir werden zu Brückenbauern, die die Handlungslogiken anderer Akteure verstehen und dieses Wissen in die eigene Organisation einbringen.“

Erste Frage: Wie kann Dialog gelingen?

Viele von uns haben mit öffentlichen Veranstaltungen zu tun, mit Dialogen und Beteiligungsformaten. Immer wieder haben Sie betont, wie wichtig es ist, dass dort alle Perspektiven zu Wort kommen, dass die Menschen gehört und gesehen werden mit ihren Bedürfnissen und Gefühlen, auch mit negativen Gefühlen wie Wut und Frust. Zugleich ist es wichtig, so genannten Radikalisierungsunternehmern keine Bühne zu bieten und demokratie- oder menschenfeindliche Positionen nicht stehen zu lassen. Funktioniert das? Ist das realistisch? Wie kann das gelingen?

„Eine geschulte Moderation kann problematische Äußerungen mit angemesseneren eigenen Worten neu formulieren – so werden Emotionen ernst genommen und gespiegelt, aber verletzendes Statements nicht stehen gelassen“.

Einige gute Anregungen nehme ich aus der Tagung mit: Eine geschulte Moderation kann problematische Äußerungen mit angemesseneren eigenen Worten neu formulieren – so werden Emotionen ernst genommen und gespiegelt, aber verletzendes Statements nicht stehen gelassen. In der Erfahrungswerkstatt mit Herrn Stern habe ich gelernt, wie öffentliche Veranstaltungen vor Störungen oder Übergriffen geschützt werden können: durch die Vereinbarung von Regeln für den Dialog, die Begleitung durch ein Awareness Team, einen bewussten Umgang mit dem Hausrecht...

Zugleich scheint mir, dass Dialog zu kontroversen Themen immer eine Gratwanderung bleibt. Wer Veranstaltungen organisiert oder moderiert kann auf beiden Seiten vom Pferd fallen. Ich habe hier beide Sichtweisen gehört: „Wie kann man menschenfeindliche Statements tolerieren? Wir brauchen klare Grenzen, der Dialog hat Voraussetzungen – und wer sie nicht erfüllt muss gehen.“ – „Was passiert mit den Menschen, die vom Dialog ausgeschlossen werden? Wem wenden die sich dann zu?“

„Dialog zu kontroversen Themen bleibt immer eine Gratwanderung.“

„In Dilemma-Situationen haben wir keine Gewissheiten, da scheint mir das suchende Vorwärtstasten die angemessene Gangart zu sein.“

Mein Wunsch ist:

Seien wir gnädig

miteinander. Das Zuhören ist wichtig und die klare Haltung ist wichtig. Es gibt keinen perfekten Weg. Die beschriebene Gratwanderung ist anstrengend und eine permanente Suchbewegung. Wenn die Kommunale Konfliktberatung (KKB) eines gut kann, dann genau diese Suchbewegung: Sich die eigene

Haltung bewusst machen, damit in den Kontakt gehen, die Erfahrungen selbstkritisch reflektieren, sich neu ausrichten, weiter gehen, sich wieder in Frage stellen... – dafür liebe ich die KKB, denn genau diese Haltung braucht es. In Dilemma-Situationen haben wir keine Gewissheiten, da scheint mir das suchende Vorwärtstasten die angemessene Gangart zu sein.

Zweite Frage: Wer sind die „Ungehörten“?

Mehrfach habe ich auf unserer Tagung gehört: „Allparteilichkeit bedeutet, die Ungehörten mehr zu hören. Wir müssen unterrepräsentierte Perspektiven stärker sichtbar und hörbar machen.“ Aber wer sind die „Ungehörten“? Sind das die unzufriedenen „Wutbürger*innen“? Sind das zum Beispiel die privilegierten Ostdeutschen, die zuletzt ihr Kreuz bei der AfD gemacht haben – Menschen, die in DDR- und Nachwendezeit extrem belastende, teils demütigende oder gar traumatisierende Erfahrungen gemacht haben? Oder gehören diese Menschen als Teil der weißen Mehrheitsgesellschaft eigentlich zu den Privilegierten, deren Positionen und Interessen lautstark im Diskurs vertreten sind, während vor allem gesellschaftliche Minderheiten ungehört bleiben?

„Wir müssen unterrepräsentierte Perspektiven stärker sichtbar und hörbar machen. Aber wer sind die „Ungehörten“? Sind das die unzufriedenen Wutbürger*innen?“

„Sind die Radikalierten dann eigentlich Täter aufgrund ihrer radikalen Worte und Taten oder sind sie Opfer der gesellschaftlichen Zustände, die sie benachteiligen?“

Der Vortrag von Dominique Pannke und Thimna Bunte vertrat die These: Radikalisierung ist ein Symptom unausgetragener Konflikte, die in gesellschaftlichen Zuständen wurzeln, die als ungerecht oder verunsichernd erlebt werden. Sind die Radikalierten dann eigentlich Täter aufgrund ihrer radikalen Worte und Taten oder sind sie Opfer der gesellschaftlichen Zustände, die sie benachteiligen? Vermutlich sind sie beides.

Wie schaffen wir es dann, die Verletzungen auf allen Seiten zu sehen? Wie kann es gelingen, statt immer mehr Spaltung eine Solidarität herzustellen zwischen den verschiedenen Gruppen, die in diesem System unter die Räder geraten – eine Solidarität zwischen denjenigen, die von globalen Transformationsprozessen ökonomisch benachteiligt und kulturell entwurzelt sind, ob sie nun aus Pirna stammen oder aus Aleppo oder aus Gelsenkirchen?

Die Befürchtung: Was, wenn es noch schlimmer wird?

Frau Reißberg hat in ihrem Grußwort ein paar Sätze gesagt, auf die während dieser Tagung häufiger Bezug genommen wurde: „Konflikte gehören zu einer lebendigen Demokratie. Konflikte sind nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Wenn Konflikte konstruktiv ausgetragen werden, können sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern.“ Aber Sie hat eine Frage hinzugelegt: „Kann man das eigentlich noch so sagen?“ Diese Frage drückt ein Unbehagen aus, eine wachsende Verunsicherung, die uns, die auch mich, durch diese Tagung begleitet hat.

„Die Stimmung in Deutschland verändert sich, Positionen werden radikaler, Dialog wird schwieriger – wie ist da Konfliktbearbeitung noch möglich?“

Dominique Pannke und Thimna Bunte wiesen in ihrem Vortrag darauf hin: „Die Stimmung in Deutschland verändert sich, Positionen werden radikaler, Dialog wird schwieriger – wie ist da Konfliktbearbeitung noch möglich?“

Wenn es stimmt, dass Radikalisierung die Folge ungelöster Konflikte ist, die aus gesellschaftlichen Zuständen resultieren, welche Armut, Unsicherheit und Ungerechtigkeit hervorbringen – dann liegen doch die Ursachen dieser problematischen Zustände größtenteils nicht auf kommunaler Ebene. Die Ursachen der Krisen und der sich lokal zeigenden Konflikte liegen doch offensichtlich in der globalen Transformation, im Umbruch der Weltordnung, im Klimawandel, in unserer politischen Ökonomie, in der neoliberalen Politik, im kapitalistischen Wirtschaftssystem, in unserer modernen Zivilisation...

Wenn das so ist, dann lösen wir diese Probleme nicht auf kommunaler Ebene. Vielleicht lösen wir sie gar nicht. Was also, wenn die ungelösten Probleme immer noch größer werden, wenn sich die Krisen weiter verschärfen? Vermutlich werden dann auch auf lokaler Ebene die Konflikte weiter zunehmen. Und es scheint kein Weg daran vorbei zu führen: Wir werden im kommunalen Kontext mit diesen möglicherweise nicht geringer werdenden Konflikten umgehen müssen. Was bleibt uns übrig, als uns – trotz allem – für ein eher besser als schlechter gelingendes Miteinander vor Ort einzusetzen?

„Was bleibt uns übrig, als uns – trotz allem – für ein eher besser als schlechter gelingendes Miteinander vor Ort einzusetzen?“

Mir kommt das Bild vom Sisyphos in den Sinn: Auf kommunaler Ebene wälzen wir wieder und wieder den Stein den Berg hinauf, er rollt herunter, der Berg wird möglicherweise noch steiler – und es bleibt uns nichts übrig, als den Stein wieder hinauf zu wälzen. Es liegt eine Schwere darin, aber vielleicht ist genau das das Beste, was wir vor Ort tun können. Vielleicht ist genau das unsere Aufgabe an unserem Platz.

Die Hoffnung: Friede des Herzens

Im Verlauf der Tagung wurde immer wieder Pessimismus ausgedrückt und „Angst, wo es hingehet mit der Gesellschaft“. Es wird offensichtlich enger, die Einschlüge kommen näher. Eine in weiten Teilen rechtsextreme Partei ist im Osten die stärkste Kraft auf Landesebene und in vielen Kommunen. Demokratiefeindliche, menschenfeindliche Positionen werden normalisiert und könnten in absehbarer Zeit Regierungsmacht erlangen. Auf Tagungen wie dieser wird häufiger und expliziter über Bedrohungssituationen nachgedacht als noch vor einigen Jahren. Beim Begrüßungskaffee fiel der Satz: „Wenn bei der Bundestagswahl der Rassismus offiziell an die Macht kommt, wandere ich mit meiner Familie aus.“ Die Spaltung ist dramatisch. In manchen Gesprächen taucht das Wort „Bürgerkrieg“ auf – nicht in Bezug auf die USA im 19. Jahrhundert, sondern als denkbare Szenario in Europa.

„Die globalen Krisen zeigen sich bei uns zuhause und der soziale Friede ist bedroht.“

Die Situation fühlt sich bedrohlich an.

Der soziale Zusammenhalt hat Risse bekommen. Die globalen Krisen zeigen sich bei uns zuhause und der soziale Friede ist bedroht. Das macht unsere Arbeit in der Konfliktberatung, im Konfliktmanagement, in der Konfliktbearbeitung unangenehmer, existenzieller, wenngleich nicht weniger wichtig. Wir leben nicht mehr

„Das macht unsere Arbeit in der Konfliktbearbeitung unangenehmer, existenzieller, wenngleich nicht weniger wichtig.“

in Zeiten, in denen wir uns an dem Gefühl erfreuen können, dazu beizutragen, unsere Gesellschaft besser zu machen, gerechter, friedlicher. Es scheint so, als ginge es heutzutage vor allem darum, Schlimmeres zu verhindern.

In dieser düsteren Lage wird für mich folgender Gedanke umso wichtiger: Der soziale Frieden braucht den inneren Frieden. Schaffen wir es, für den Erhalt des Friedens zu wirken, ohne uns in den Kampf zu begeben? Gelingt es uns, anstatt selbst kriegerisch zu werden, den Frieden des Herzens zu bewahren und zu kultivieren? Frieden im Außen – im Quartier in Gelsenkirchen, in meinem Brandenburger Dorf oder in der gespaltenen sächsischen Kleinstadt – Frieden im Außen, dazu können wir nur beitragen, wenn wir uns um den Frieden in uns kümmern, wenn wir selbst

„Gelingt es uns, anstatt selbst kriegerisch zu werden, den Frieden des Herzens zu bewahren und zu kultivieren?“

nicht in den Kampfmodus gehen – „Wir gegen Die“ – sondern unsere innere Zusammengehörigkeit und Verbundenheit und Menschlichkeit erkennen – über alle Grenzen und Lager, Positionierungen und Identifizierungen hinweg.

Frieden im Herzen – das ist nicht trivial. Jeden Tag passieren Dinge, die mich triggern und meine Friedfertigkeit verlieren lassen. Innerer Frieden braucht Aufmerksamkeit, inneren Raum, gerade wenn wir außen unter Druck und in Stress geraten...

Innerer Frieden – das ist nicht als vermeintliches Patentrezept gemeint. Das ist kein Automatismus. Das heißt nicht, wir sollten uns jetzt aus der Welt zurückziehen und meditieren und dann geschieht ein Wunder und es wird Frieden – so einfach ist es nicht. Aber ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns auch um den Frieden in uns selbst kümmern, um in turbulenten, schwieriger werdenden Zeiten den Halt zu haben, die Kraft und den inneren Kompass, um im Außen agieren zu können.

Es ist nicht einfach, in diesen Zeiten hoffnungsfroh zu sein. Mir hilft es, mich an Václav Havel zu erinnern, der sagte: „Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn macht, egal wie es ausgeht.“

„Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn macht, egal wie es ausgeht.“

In diesem Sinne wünsche ich uns allen: Frieden im Herzen – denn der macht Sinn, egal wie es ausgeht. Vielen Dank.

NETZWERK

Vernetzung war ein essentieller Bestandteil der Interkommunalen Fachtagung 2024. Das interaktive Kennenlernen am ersten Tag sowie die Erfahrungswerkstätten und die Netzbörse am zweiten Tag boten – neben den Pausen und dem gemeinsamen Abendessen – zahlreiche Möglichkeiten für Austausch und Vernetzung.

Die Interkommunale Fachtagung 2024 brachte rund 70 Personen zusammen. Der Erfahrungsschatz im Raum war riesig und divers. Anwesend waren Vertreter*innen aus...

- ... der kommunalen Verwaltung und Politik
- ... den Landesministerien
- ... der Polizei
- ... den Wohlfahrtsverbänden und religiösen Institutionen
- ... der Wissenschaft
- ... der Zivilgesellschaft
- ... dem Konfliktberater*innen-Pool des forumZFD
- ... dem Programm „Kommune und Konflikt“ des forumZFD



Die Teilnehmer*innen reisten aus über 20 Städten und Gemeinden zur Interkommunalen Fachtagung nach Gelsenkirchen. Geteilt wurden Einblicke und Erfahrungen aus...

- ... Augsburg
- ... Berlin
- ... Bielefeld
- ... Bonn
- ... Bottrop
- ... Bremen
- ... Dortmund
- ... Düsseldorf
- ... Gelsenkirchen
- ... Halle
- ... Herne
- ... Köln
- ... Mannheim
- ... Mönchengladbach
- ... Mülheim an der Ruhr
- ... Niederrhein
- ... Norden
- ... Osnabrück
- ... Osterholz/Verden
- ... Potsdam
- ... Rotenburg
- ... Salzgitter
- ... Salzwedel

WISSENSWERTES

Kommunale Konfliktberatung

Kommunale Konfliktberatung befasst sich als systemischer prozessorientierter Ansatz mit Konflikten auf der Ebene von Städten, Gemeinden und Landkreisen. Als „Konflikt“ werden dabei verschiedene Arten von Spannungen, Herausforderungen und Probleme des Zusammenlebens verstanden. Kommunale Konfliktberatung unterstützt da, wo bestehende Problemlösungsfähigkeiten an ihre Grenzen stoßen. Sie begleitet lokale Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung dabei, die komplexe Gemengelage lokaler Herausforderungen und Konflikte zu entwirren, die Bedürfnisse verschiedener Interessengruppen herauszuarbeiten und nachhaltige Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

Website: www.kommunale-konfliktberatung.de

Fortbildung

Die Fortbildung für Konfliktkompetenz im kommunalen Raum „*Konflikte verstehen. Potenziale nutzen.*“ ermöglicht es Teilnehmenden, sich einen analytischen Blick auf Konflikte in ihrem jeweiligen kommunalen Kontext zu erarbeiten und ihre kommunikativen Fähigkeiten zu schärfen. Kleine wie große Konflikte aufzufangen, aber auch das Zusammenleben in Vielfalt zu gestalten, stellt verschiedene Akteure vor Ort oft vor Herausforderungen. Der Fokus dieser Fortbildung liegt auf einer Sensibilisierung für Konfliktodynamiken und der Erarbeitung verschiedener Handlungsmöglichkeiten komplexen Konflikte in der eigenen Stadt, Gemeinde oder dem Kreis anzugehen.

Weitere Informationen finden Sie hier:

www.forumzfd-akademie.de/de/fortbildung-konfliktkompetenz-im-kommunalen-raum

Wissenschaftliche Begleitung

Die wissenschaftliche Begleitung der Beratungspraxis stellt einen wesentlichen Bestandteil der Qualitätssicherung der Kommunalen Konfliktberatung dar.

Seit 2018 arbeiten das forumZFD und der Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung der Universität Augsburg eng zusammen. Aktuell arbeiten die beiden Partner im Rahmen eines partizipativen Forschungsprojektes zu den Wirkungen Kommunalen Konfliktberatung. Mit diesem Forschungsprojekt sollen weitere und vertiefte Erkenntnisse darüber erlangt werden, wie KKB in Kommunen wirkt. Dieses Wissen trägt dazu bei, die Arbeit für und mit Kommunen noch wirksamer zu gestalten.

Weitere Informationen zu aktuellen und abgeschlossenen Forschungsprojekten finden Sie hier:

- <https://www.forumzfd.de/de/projekt/forschung-kommunale-konfliktberatung>
- <https://www.uni-augsburg.de/de/fakultaet/philsoz/fakultat/powi-friedens-und-konfliktforschung/forschung-projekte/aktuelle-forschungsprojekte/forschungsbereich-konflikt-friedens-und-gewaltforschung/kompa2/>
- <https://www.uni-augsburg.de/de/fakultaet/philsoz/fakultat/powi-friedens-und-konfliktforschung/forschung-projekte/abgeschlossene-forschungsprojekte/kompa/>

DANKSAGUNG

Wir danken dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der Europäischen Union, dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung sowie dem Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes NRW, ohne deren Förderung die Interkommunale Fachtagung 2024 in Gelsenkirchen sowie unsere Arbeit nicht möglich wäre.

Für die wertvollen Impulse geht ein ausdrücklicher Dank an alle Referent*innen (in alphabetischer Reihenfolge):

- ❖ Dr. Johannes Blatt, Konfliktberater forumZFD
- ❖ Thimna Bunte, Konfliktberaterin forumZFD
- ❖ Petar Drakul, OB-Beauftragter Innenstadtentwicklung, Mannheim
- ❖ Uwe Gerwin, Referatsleiter, Zuwanderung und Integration/Kommunales Integrationszentrum, Gelsenkirchen
- ❖ Sebastian Häfker, Polizeihauptkommissar Sachbereich Prävention, Osnabrück
- ❖ Olaf Kleint, Fachdienst Soziales und Senioren, Salzgitter
- ❖ Simon Nowak, Stadtrat, Ordnungsdezernent, Vorstand für Wirtschaftsförderung, Gelsendienste, Recht und Ordnung, Bürgerservice, Gelsenkirchen
- ❖ Dominique Pannke, Konfliktberaterin forumZFD
- ❖ Sabine Reißberg, Stellv. Referatsleitung Kommunale Integrationszentren/Integration in Bildung im Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration, Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- ❖ Maike Rolf, Quartiersmanagement Lannesdorf/Mehlem, Bonn
- ❖ Hanna Seydel, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Technische Universität Dortmund
- ❖ Chaska Stern, Trainer Team Gewaltmanagement, Bundesnetzwerk Zivilcourage, Berlin

Ein großer Dank gebührt zudem allen Teilnehmenden! Sie alle haben durch Ihre einzigartigen Erfahrungen, anregenden Gedanken, kritischen Fragen, engagierten Beiträge sowie Ihr spezifisches Fach- und Praxiswissen maßgeblich zum kollegialen Austausch, dem gemeinsamen Lernen und der Lebendigkeit der Tagung beigetragen.

Auch beim „Wissenschaftspark Gelsenkirchen“, der uns während der zwei Tage bestens beherbergt und versorgt hat, möchten wir uns bedanken.

Last but not least bedanken wir uns bei Uwe Jesiorkowski, der die Interkommunale Fachtagung in Fotos festgehalten hat. Die hier verwendeten Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

KONTAKT

Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

Das forumZFD ist eine internationale Friedensorganisation mit Sitz in Köln. Seine professionellen Friedenskräfte sind in Deutschland und zwölf weiteren Ländern tätig. Die angegliederte Akademie für Konflikttransformation bildet Menschen für diese Arbeit aus. Das forumZFD setzt mit Kampagnen, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit aktiv für eine Friedenspolitik ein.

Mit der Kommunalen Konfliktberatung kommt die internationale Erfahrung seit 2009 auch in deutschen Städten und Gemeinden zum Einsatz. Der regionale Schwerpunkt des Beratungsangebot liegt beim forumZFD in NRW, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Das forumZFD bietet darüber hinaus Fortbildungen für Verantwortliche in Kommunen an und fördert deren Austausch in verschiedenen regelmäßigen Netzwerkveranstaltungen.

Forum Ziviler Friedensdienst e.V. | Programm Kommune und Konflikt

Julia Burmann

Programmleitung

burmann@forumzfd.de

Inga Nehlsen

Projektleitung

nehlsen@forumzfd.de

Wolfgang Dörner

Referent Kommunale Konfliktberatung

doerner@forumzfd.de

Imke Kerber

Referentin Kommunale Konfliktberatung

kerber@forumzfd.de

Hauke Steg

Referent Kommunale Konfliktberatung

steg@forumzfd.de

Eva Hörle

Referentin Lehre & Wissenschaft

hoerle@forumzfd.de

Sylvia Lustig

Referentin Wirkung & Standardisierung

lustig@forumzfd.de

Hannah Würbel

Referentin Qualifizierung

wuerbel@forumzfd.de

Piet van Riesenbeck

Koordinator Öffentlichkeitsarbeit

vanriesenbeck@forumzfd.de

Stefanie Brandherm

Koordinatorin Verwaltung & Veranstaltungen

brandherm@forumzfd.de

Konfliktbearbeitung im Kontext zunehmend komplexer Problemlagen und aktueller Herausforderungen wird das Programm „Kommune und Konflikt“ des forumZFD auch in Zukunft beschäftigen.

Wir freuen uns auf die Fortführung der Diskussionen zu diesen und weiteren Themen – bei der nächsten Interkommunalen Fachtagung in 2025 und in anderen Austauschformaten!

**Besuchen Sie das neue Online-Portal
für kommunale Konfliktberatung**
www.kommunale-konfliktberatung.de

 **forumZFD**

**Das Online-Portal
unterstützt
Kommunen im Umgang
mit Konflikten.**

 **K3B**
Kompetenzzentrum
Kommunale Konfliktberatung
VfB Salzwedel e.V.



**Kofinanziert von der
Europäischen Union**



**Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Gleichstellung**

**Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen**

